GRAUZONE
Druckausgabe der Nachrichten von
www.freier-widerstand.net

Zum 75. Todestag von Horst Wessel

Von: GGSOBB – 24.02.2005

Behutsam vom Wind getragen gleiten die Schneeflocken zu Boden. Nur die Stimmen einer Diskussion durchbrechen die Stille an diesen weißen Februartag. Neugierig und irritiert wirken die Gesichter beim betrachten eines Plakats. Immer wieder gleiten ihre Blicke über die Zeilen: "Am 23. Februar 1930 hörte ein starkes Herz auf zu schlagen."

Damals, vor 75 Jahren, wollte es keiner glauben, als die Todesnachricht durch Deutschland ging. Kameraden, die zum engeren Kreis des jungen Sturmführers Horst Wessel gehörten, hatten es schon seit langem befürchtet und ließen nichts unversucht, ihn den großen Gefahren zu entziehen. Kommunistische Verbrecher waren ihm dauernd auf der Spur und hetzten ihn wie angeschossenes Wild. Sie waren der Überzeugung, nur Wessel sei schuld, daß ihre roten Hochburgen ins Wanken gerieten, daß die besten Aktivisten ihre Front verließen und nun unter Wessels Kommando gegen sie kämpften.

Es war am Abend des 14. Januar, als die Wirtin Salem in ein kommunistisches Lokal ging um dort einer auserlesenen Verbrechergesellschaft mitzuteilen, daß Horst Wessel sich in ihrer vermieteten Wohnung befindet. Bald darauf klopfte es an Wessels Tür. Als er öffnete feuerte man auf ihn. In den Mund getroffen brach Horst Wessel blutüberströmt zusammen. 'Mordanschlag auf einen nationalsozialistischen Studenten' titelten die Berliner Zeitungen, während Horst Wessel im Krankenhaus Friedrichshain auf Genesung hofft. Doch die Hoffnung nahm ein jähes Ende. Am Morgen des 23. Februar 1930 erlag Horst Wessel einer Blutvergiftung.

Am 1. März, einem grauen, schweren Tag, gab das deutsche Berlin dem toten Sturmführer das letzte Geleit. Die Polizei verbot einen Trauerzug, nur 10 Wagen durften den Leichenzug, begleitet von Polizisten mit Gummiknüppeln in der Hand, folgen. Schwarze Menschenmauern grüßten in den Straßen zum letzten mal den großen Märtyrer. Doch ein toter Märtyrer schafft tausend lebende Bekenner welche auch heute noch, 75 Jahre nach dem feigen Mord, überall im Land aufstehen um die Fahne in die Zukunft zu tragen.

Um den leidenschaftlichen Kampf Horst Wessels nachzuempfinden, kamen am vergangenen Wochenende Widerstandskämpfer aus fünf Bundesländern nach Süd-Ost Brandenburg. 'Der unbekannte politische Soldat ist der eigentliche Held unserer Bewegung' hieß es in einem Vortrag über das politische Soldatentum und das Feuer eines jeden Herzen loderte, als vom kühnen Freiheitskampf des jungen Sturmführers berichtet wurde.

Es ist das Lebensfeuer, das in ihren Herzen brennt und sie immer wieder zwingt, die Dinge um sie herum in Frage zu stellen und außerhalb der Grenzen von Routine und Vorschriften zu handeln. Viele der schlafenden und blinden können diese Zwang, diese Leidenschaft nicht verstehen. Sie können sich nicht vorstellen, daß es etwas anderes gibt, das Bedeutung haben kann, als ihre materielle Sicherheit. Sie glauben das bereits alles ohne sie entschieden worden ist, so als ob ihr Leben nur als Zuschauer gelebt werden kann. Ihre Herzen mögen noch schlagen, doch ihr Leben ist zu einem bloßen Überleben geworden. So schaufeln sie sich ihre eigenen Gräber, in all den Kaufhäusern, den Nachtbars und in den Sesseln vor ihren Fernsehapparaten.

'Am 23. Februar 1930 hörte ein starkes Herz auf zu schlagen'. Diesen Satz werden heute, an diesen weißen Februartag, noch viele von ihnen in den Städten Süd-Ost Brandenburgs lesen. Wenn sie auch das Leuchten dieses Märtyrer nicht sehen können, in unsere Herzen hat er das Feuer getragen!

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=346

Themen dieser Ausgabe...

HD beim "Nationalen Medienvertrieb"

Von: Berliner Infoportal – 23.02.2005

In den Morgenstunden des 22.02.2005 durchsuchten etwa 20 Beamte des Polizeilichen Staatsschutzes mehrere Wohn- und Geschäftsräume des NMV. Ermittelt wird wegen einer Sachbeschädigung aus dem Mai 2004 (!), bei der mehrere Wahlplakate unter anderem mit dem Schriftzug "NSBA" besprüht wurden. NSBA wird als Aufdruck auf Bekleidungsstücken beim NMV angeboten und steht für "Nationale Sozialisten Bundesweite Aktion". Zur Beweissicherung sollten Spraydosen und andere Gegenstände wie z.B. "elektrische Daten" (so original im Beschluß) beschlagnahmt werden, die auf eine planmäßige Straftat hinweisen. Tatsächlich beschlagnahmt wurden aber sämtliche Geschäftsunterlagen des NMV, unter anderem auch Kontoauszüge aus dem Jahr 2005 (!), sowie CD´s und Computer. Nicht eine Spraydose wurde gefunden.

Alleine schon aus dem Aufdruck eines Bekleidungsstücks einer Firma xy auf den Täter zu schließen, offenbart, daß sich die Herrschenden am Rande des Wahnsinns befinden müssen. Nach diesen Vorkommnissen müßte also, wenn man so etwas überhaupt noch ernst nehmen kann, bei dem Terroristenverteidiger Schilly eine Durchsuchung seiner Wohn- und Geschäftsräume stattfinden wenn jemand z.B. "Bundesminister des Innern" irgendwo hinsprüht. Denn wenn "Bundesminister des Innern"dort steht und man den normalen Menschenverstand einfach mal auf den Kopf stellt, muß es doch Herr Schilly gewesen sein ?!?

Aus dieser Sicht betrachtet reiht sich diese Maßnahme in eine ganze Kette von politischen Verfolgungsmaßnahmen ein, um nationale Strukturen zu zerschlagen bzw. Aktivisten einzuschüchtern. Beim Betreiber des NMV beißen die "Politisch Motivirten Strafverfolger" allerdings auf Granit. Es wurden umgehend rechtliche Schritte gegen diese nach unserer Meinung rechtswidrige Durchsuchung aber auch gegen die Verantwortlichen eingeleitet.

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=342

HD bei „Unser Auktionshaus"

Von: Wikingerversand Forum – 23.02.2005

Am gestrigen Dienstagmorgen, wurden die Wohnräume von "UnserAuktionshaus" durch mehrere Polizeibeamte durchsucht. Anlaß hierfür waren diverse Forenbeiträge bei "UnserForum", die durch bis dato Unbekannte erstellt worden sind. Beschlagnahmt wurden bei dieser Durchsuchung alle Rechner der Betreiber. Nach Angaben von UnserAuktionshaus haben die Ermittlungsbehörden durch die Beschlagnahme jedoch keinen Zugriff auf personenbezogene Daten.

Die obigen Tatsachen lassen eindeutig auf mangelhafte Ermittlung seitens der Staatsanwaltschaft schließen. Denn wie der Allgemeinheit bekannt sein dürfte, sind die Betreiber von UnserAuktionshaus nicht gleichwohl die Betreiber von UnserForum. Auch auf dem Werbebanner des Forums wird von "Freundeskreis UnserAuktionshaus" gesprochen. Von dem Eintrag in der WHOIS-Datenbank für *.com-Domains mal ganz zu schweigen. Somit läßt sich dies als Repressionsmaßnahme gegen die Betreiber von UnserAuktionshaus werten.

Vorsorglich haben die Betreiber des Auktionshauses aufgrund dieser Durchsuchung ihre Nutzungsbedingungen sowie den Haftungsauschluss geändert. Die Änderungen betreffen nicht unbedingt jeden, der bei UnserAuktionshaus angemeldet ist. Jedoch sollte jeder, der dort registriert ist die Änderungen durchlesen. Sofern er mit diesen Änderungen nicht einverstanden ist, kann er seine Mitgliedschaft jederzeit ohne Angabe von Gründen beenden, so die Betreiber des Auktionshauses.

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=344

Gottfried Küssel erneut verurteilt

Von: Störtebeker – 20.02.2005

Wegen angeblichen Waffenbesitzes wurde in der vergangenen Woche der österreichische Dissident Gottfried Küssel zu einer Geldstrafe verurteilt. Bei den Waffen handelt es sich um drei Bajonette. Diese waren im Jahre 2002 bei einer Hausdurchsuchung gefunden worden, die von der zuständigen Staatsanwaltschaft angeordnet worden war, weil man Küssel verdächtigte, mit der in Deutschland verbotenen Skinheadgruppierung „Blood & Honour" zu kooperieren. Nach Aussage Küssels handelte es sich bei den gefundenen Bajonetten um „Erbstücke", die bei früheren Hausdurchsuchungen nie beanstandet worden waren. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß diese Stücke nicht ihm gehören, sondern seiner Gattin, der er diese schon vor langer Zeit geschenkt habe.

Im vergangenen Jahr war Küssel dafür zu einer Geldbuße von 120 Euro verurteilt worden. Dagegen ging er in Berufung. Am 16. Februar fand die Berufungsverhandlung vor dem Wiener Landgericht statt. Zwar folgte das Gericht nicht dem Antrag der Staatsanwaltschaft, die eine Haftstrafe für Küssel forderte, aber dessen Berufung wies sie auch zurück. Statt dessen verurteilte sie ihn zu einer Geldstrafe von 360 Euro. Den Antrag der Staatsanwaltschaft hatte der Richter u. a. mit der Bemerkung zurückgewiesen, daß man Küssels vorleben nicht „überbewerten" solle.

Küssel, der mit 19 Jahren in die von Gary Lauck gegründete NSDAP/AO eingetreten war, hatte 1986 in Österreich die sogenannte „Volkstreue Außerparlamentarische Opposition" (VAPO) gegründet. Bekannt wurde er u. a. durch seine Kooperation mit Michael Kühnen. 1993 verurteilte ihn ein österreichisches Gericht wegen sogenannter NS-Wiederbetätigung zu elf Jahren Gefängnis. Im Sommer 1999 wurde er jedoch wegen guter Führung vorzeitig entlassen. Berichten der österreichischen Zeitung STANDARD betreiben Küssel und seine Frau derzeit einen Biofeinkostladen in der Wiener Leopoldstadt.

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=338

Aktionen gegen Agenda2010 gehen auch 2005 weiter

Von: NW Thüringen – 20.02.2005

Das Jahr 2004 stellte den bisherigen Höhepunkt der sozialen Ausbeutung und Verelendung in der BRD-Geschichte dar. Die verabschiedeten und geplanten Gesundheits-, Renten- und Arbeitsmarktreformgesetzte, welche im Rahmen der sog. Agenda 2010 auf den Weg gebracht werden, stellen aber auch einen Wendepunkt im Nachkriegsdeutschland dar. Die Besatzerrepublik ist am Ende! Und das erkennen auch immer größere Teile des Volkes.

Unsere im Frühjahr letzten Jahres gestartete Kampagne gegen den fortschreitenden Sozialabbau der Agenda 2010, kann schon jetzt als eine der erfolgreichsten Kampagnen der letzten Jahre bezeichnet werden. Überall in Thüringen waren die Aktivisten mit großen und kleineren Aktionen unermüdlich auf der Straße. Von Eisenach bis Altenburg, von Nordhausen bis Meiningen wurde das Volk Woche für Woche über die Forderungen der nationalen Opposition aufgeklärt.

Viele eigene Demonstrationen, Kundgebungen, Infostände und Flugblattaktionen ebneten den Weg, bis schließlich im August und September letzten Jahres der vorläufige Höhepunkt unserer Kampagne erreicht war. Aufgerüttelt durch Hartz IV, marschierten in den Spätsommerwochen des Jahres 2004 Tausende von Thüringern für ein sozial gerechteres Deutschland. Der Ruf nach Systemveränderung wurde bei vielen erstmals seit dem Wendejahr 1989 wieder laut. Der nationale Widerstand, der vielerorts den Protest mit initiierte, bot sich wiedereinmal als letzte Alternative zum herrschenden kapitalistischen System an. Viele Deutsche haben einfach keine Lust mehr auf den Schwindel von PDS- und Gewerkschaftsbonzen, die bereits 1990 genau wussten, wie sie sich in die jeweils herrschende Politclique integrieren konnten.

Als der Protest dann im Herbst wieder abebbte, waren junge Nationalisten oftmals die einzigen, welche noch auf der Straße standen. Der nationale Widerstand hat in Thüringen gezeigt, was es heißt kontinuierliche und beständige politische Arbeit an der Basis zu leisten. Das sich solche Arbeit schließlich auszahlt, zeigen neben den Wahlergebnissen in Brandenburg und Sachsen auch der vermehrte Zulauf neuer Mitstreiter, wie es ihn seit Jahren nicht mehr gab. Wir sind auf dem richtigen Weg!

2005: Unsere Agenda heißt immer noch Widerstand!

Doch auch dieses Jahr werden wir unsere Kampagne für soziale Gerechtigkeit fortführen. Bereits jetzt sind von Seiten der nationalen Opposition in Thüringen wieder zahlreiche Aktionen geplant. NPD und freie Nationalisten werden in Thüringen im Jahr 2005 zusammen den erfolgreich eingeschlagenen Weg weiter gehen, und neben einigen Demonstrationen auch wieder zahlreiche kreative und neue Aktionsformen in den Widerstand einbringen. Die erste Antikapitalistische Kaffeefahrt im November letzten Jahres war hier erst der Anfang. Alle Kameradinnen und Kameraden sind hiermit aufgerufen, sich auch in diesem Jahr zahlreich an möglichst vielen Aktionen zu beteiligen!

Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen!

Unser Ziel im Jahr 2005 muss es sein, weiterhin Woche für Woche auf der Straße das Volk über unsere Ziele und Standpunkte aufzuklären und so immer neue Mitstreiter für die Sache zu gewinnen. Es muss klar gemacht werden, dass es eben nicht nur gegen ein Gesetz oder eine Regierung geht, sondern gegen ein System, dass nicht reformierbar ist und deshalb abgeschafft werden muss. Sichere Arbeitsplätze, ein gerechtes Gesundheits- und Rentensystem, eine Wirtschaft die dem Volke dient und eine sozial gerechte Gesellschaftsordnung kann es eben in einer kapitalistischen Konsumgesellschaft nicht geben, sondern nur in einer sozialistischen

Volksgemeinschaft auf nationaler Grundlage! Dafür gilt es zu streiten! Deshalb heißt die Parole:

Deutsche, Heraus auf die Straße!

Für ein sozial gerechteres Deutschland!
Für einen Wandel im System!
Für eine nationale und sozialistische Alternative!

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=334

Freiheit für Michael Krick!

Von: AB Westdeutschland – 19.02.2005

Heute fand vor dem Dortmunder Hauptbahnhof eine spontane Verteilaktion statt, bei der es um unseren inhaftierten Kameraden Michael ging, der zur Zeit in Dortmund inhaftiert ist. Michael wurde Anfang Februar aus den Niederlanden ausgeliefert, um in Deutschland eine noch offene Haftstrafe abzusitzen. Gegen 12 Uhr begann die Aktion mit ca. 15 Leuten und durch schnelle Koordinierung gelang es uns, kurz nach Beginn noch ein Transparent mit der Aufschrift „Freiheit für alle politischen Gefangenen – Drinnen und draußen eine Front!" zu besorgen.

Verteilt wurden ca. 500 bis 600 Flugblättern in denen wir – die Freunde von Michael - seine Freilassung und die freie Abreise in ein Land forderten, in dem er nicht wegen einer geäußerten Meinung inhaftiert werden kann. Michael ist ein Opfer staatlicher Repressionen und unsere Antwort auf diese Repressionen kann nur die Solidarität zu unserem Kameraden und verstärkter Widerstand gegen das System sein.

Wie üblich riefen antifaschistische Jugendliche die von der Aktion mitbekamen sofort die Bullen. So kam es dann auch dazu, dass nach ca. 20 Minuten mehrere Bullenfahrzeuge vorfuhren. Zuerst gaben sie sich freundlich und wollten zur Kontrolle nur ein Flugblatt haben. Als nach einigen Minuten weitere Bullen hinzukamen und begannen von einem Verstoß gegen das Versammlungsgesetz zu quatschen, entschlossen wir uns den Ort des Geschehens zu verlassen. Den Bullen gelang es aber, von 5 Personen die Personalien aufzunehmen und ihnen einen Platzverweis für den Innenstadtbereich zu erteilen.

Die Bullenschikane in Dortmund nimmt zu!

Nach jahrelanger Arbeit waren wir in Dortmund eigentlich soweit, dass eine friedliche Koexistenz zwischen Bullen und unseren Aktivisten möglich war. Aktionen wurden nur gemacht, wenn sie wichtig waren, oder als Reaktion auf falsches Verhalten der Bullen. Trotzdem ist jetzt wieder verstärkter Druck der Bullen zu spüren. So bekamen einige Kameraden Anzeigen wegen angeblichem Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, weil sie an der Soliaktion für den in Thüringen von Bullen angeschossenen Kameraden im August diesen Jahres teilnahmen und auch das heutige Verhalten der Bullen zeigt ganz klar, dass sie ein eindeutig falsches Verhältnis zur Demokratie und Toleranz besitzen.

Demos sind schnell angemeldet und auch kurzfristig bekommen wir über hundert Leute zusammen!

Sollten die Bullen sich weiterhin unkooperativ zeigen und versuchen den politischen Widerstand im Ruhrgebiet zu kriminalisieren (siehe Duisburg), werden wir uns gezwungen sehen, auch unsere Agitation in diesem Themengebiet zu erhöhen! Die Bullen in Recklinghausen wissen wie es ist, mehrere Wochenenden nacheinander Überstunden zu schieben. Es kommt ganz darauf an, welchen Kurs die Bullen in Dortmund fahren wollen.

Trotz der heutigen Störung durch die Bullen war es eine gelungene Aktion. Auch in Zukunft werden wir für unsere inhaftierten Kameraden auf die Straße gehen und den Bürgern zeigen, dass es auch heute noch politische Gefangene in der BRD gibt.

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=332

8. Mai: Gegen Kriegstreiber und Fremdverwaltung

Von: NB Halle/Merseburg – 17.02.2005

Anlässlich des 60. Jahrestages der Fremdverwaltung des Deutschen Reiches durch die Kriegstreiber und Ausbeuter der Globalisierungswelt, findet in Delitzsch (bei Leipzig) die erste genehmigte Demonstration der Freien Nationalen Sozialisten nach 1945 statt.

Warum gerade in Delitzsch? Die Delitzscher Kameraden unterstützen bereits seit vielen Jahren den Kampf um die Straßen in den wichtigsten Städten. Nun wird es Zeit, dass auch das rote Banner der Stadt Delitzsch eingezogen wird. Die starke Zusammenarbeit der Kommune mit OBM Tiefensee aus Leipzig und der dazugehörigen PDS- und Antifagruppen, erschweren durch ständige Schikanen die Tätigkeit der „Nationalen Aktivisten"

Auch am 60. Jahrestag der sog. Befreiung wollen diese Heuchler in aller Öffentlichkeit ein Zeichen gegen „rechts" setzen und mit der Versöhnung gegenüber der alliierten Kriegstreiber und bolschewistischen Mord-Bestien unsere Opfer verhöhnen.

Bisher haben sich diese Anti-Menschen durch Medien- und Antifa-Hetze, besonders aus Leipzig, vor der „Nationalen Opposition" in der Öffentlichkeit schützen können, nun aber ist Schluss damit.

Am 8. Mai werden Nationale Sozialisten durch Delitzsch's Straßen marschieren und zum Ausdruck bringen, dass wir nicht feiern. Dass wir uns nicht mit denen versöhnen, welche den Bombenholocaust über deutsche Städte brachten, in dem Bewusstsein, dort nur Zivilisten zu ermorden. Dass wir uns nicht mit dem bolschewistischen Vergewaltiger unserer wehrlosen Frauen und Kinder versöhnen. Wir werden uns nicht mit denen versöhnen, welche unser Land in einen furchtbaren Krieg zwangen, welcher nichts als die Zerstörung unserer unabhängigen Volksgemeinschaft und unserer Art als Auftrag hatte. Wir machen deutlich, dass die Siegermächte-Fremdverwaltung aus unserer Volksgemeinschaft eine vergiftete Klassenkampf-Gesellschaft gemacht hat und unsere Wirtschaft durch kapitalistische Ausbeutung an den Rand des Zusammenbruchs führte. Ist Deutschland durch die Globalisierer erst ausgesaugt, wird es nicht mehr lange dauern, und wir können uns zu den „Dritte Welt Ländern" als Kolonie Amerikas dazu zählen.

Unterstützt eure treuen Kampfgefährten und helft uns die Wahrheit und die Alternative auch in die Köpfe und Herzen Delitzschs und Umgebung zu tragen.

Treffpunkt:
12:00 Busbahnhof „Unterer Bahnhof"

Beginn:
13:00 Uhr

Redner:
Christian Worch, Axel Reitz und freies Bürgermikro

Kontakt:
8.Mai-Delitzsch.info@web.de

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=327

Kriminelle Agenten

Von: Nation & Europa – 17.02.2005

Das Ermittlungsverfahren gegen den V-Mann-Führer eines angeblich "rechtsextremen" Musikhändlers soll nach dem Willen der Cottbuser Staatsanwaltschaft wegen geringer Schuld eingestellt werden. Diesen Vorschlag habe die Behörde dem Landgericht Cottbus unterbreitet, bestätigte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft. Der Musikhändler war im Jahr 2002 vom Landgericht Berlin wegen des Vertriebs einer CD mit "volksverhetzenden" Liedern zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden.

Laut Urteilsbegründung handelte er mit Wissen und Duldung des Brandenburger Verfassungsschutzes. Die Staatsanwaltschaft leitete daraufhin ein Ermittlungsverfahren gegen den V-Mann-Führer ein. Der Beamte beruft sich aber darauf, daß den Geheimdienstmitarbeitern in der

Ausbildung beigebracht werde, daß ihre Agenten "szenetypische" Straftaten begehen dürften.

Der Fall bestätigt Kritiker, die seit geraumer Zeit auf verfälschte Daten über vermeintlich "rechtsextreme" Vorfälle hinweisen. Nicht wenige Straftaten werden von bezahlten Mitarbeitern des Verfassungsschutzes begangen oder angestiftet. Außenstehenden ist es wegen der Geheimhaltung kaum möglich, zwischen "echten" und vorgetäuschten Handlungen zu unterscheiden. Nur selten fliegt die Tarnung der VS-Agenten in Strafprozessen auf. Die Staatsanwaltschaften unterliegen politischer Weisung und sind nach Kräften bemüht, die straffällig gewordenen "Schlapphüte" aus der juristischen Schußlinie zu ziehen.

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=325

Anquatschversuche in Rastatt/Baden-Baden

Von: T. Eulenspiegel – 17.02.2005

Seit gestern gehen beständig Meldungen über Hausbesuche von LKA Beamten ein. Insgesamt wurden über 10 Versuche gemeldet. Die Gespräche endeten meist schon an der Gegensprechanlage. Vereinzelt gelang es den „Wächtern der Demokratie" Häuser zu betreten. Alle Gesprächsversuche wurden abgeblockt.

Exit angeboten
Vornehmlich geht es um das Angebot „auszusteigen", das verstaubte Model „Exit" wird in allerbester „Klinkenputzermanier" angeboten. Man sei in der Vergangenheit beim Besuch „rechter Musikveranstaltungen" und „Aktionen der rechten Szene" aufgefallen. Darüber würde man gerne mal reden.

Es wird mit allen Mitteln gearbeitet, versteckte Drohungen, „lieb Kind machen" und auch die Nachbarn der Aktivisten werden nicht verschont.

Momentan nur im Landkreis Rastatt, Bühl und Baden-Baden
Die gemeldeten „Besuche" beziehen sich im moment nur auf Aktivisten unserer Region. Aber es ist davon auszugehen das die Aktion ausgeweitet werden soll, man hat ja genug Mittel zur Verfügung und welcher Beamte beschwert sich schon über einen fetten „Überstundenzettel" mit entsprechender „Verpflegungspauschale".

Bei den Aktionen sind immer örtliche Dorfbullen mit dabei um einen „auf gut Kumpel" zu machen die von einem Mitarbeiter des LKA Stuttgarts begleitet werden. Meistens sind es zwei Beamte, aber es wurden schon Versuche mit drei und mehr Beamten gemeldet. Augenzeugen berichten von Namenslisten in nicht unerheblichen Ausmaß.

Seid gewarnt, achtet auf euer Umfeld. Meldet Anwerbeversuche bei örtlichen Führungskameraden. Lasst euch nicht auf Gespräche ein, öffnet nicht die Türen. Fallt nicht auf das Getue rein.

Fritz und Frida halten das Maul!!! Keine Zusammenarbeit mit den Schergen des Systems!!!

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=324

„Szeneverbot" nicht rechtens

Von: Die Kommenden – 16.02.2005

Beim OLG Thüringen wurde am 05.01.2005 ein Beschluß durchgefochten, der die Rechte nationaler Aktivisten nachhaltig stärkt. In der Vergangenheit kam es immer wieder vermehrt durch BRD-Richter zu sogenannten „Szeneverboten" als Bewährungsauflage. Dadurch – und darin bestand auch die Absicht der Justiz – wurden die politischen und sozialen Kontakte erheblich untereinander gestört, wenn man sich auch daran hielt.

Bereits in der 1. Instanz konnte nun ein Anwalt das „Szeneverbot" für NPD-Mitglieder kippen. Diese dürfen auf jeden Fall NPD-Veranstaltungen und Werbemaßnahmen für neue Mitglieder besuchen (...ein weites Feld!). Im zweiten Verfahren beim OLG Thüringen wurde ein weiterer Erfolg erzielt, den auch Nicht-NPD- oder Parteimitglieder aus nationalen Bewegungen genießen können.

Das OLG entschied, dass: „Die Bewährungsweisung (gemeint ist das sog. „Szeneverbot" - die Redaktion) verstößt vorliegend aber gegen den verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgrundsatz als Ausprägung des Rechtsstaatsprinzips. Das Gericht hat eine Weisung so bestimmt zu formulieren, dass Verstöße einwandfrei festgestellt werden können und der Verurteilte unmissverständlich weiß, wann er einen Widerruf der Strafaussetzu8ng nach & 56 Abs. 1 Nr. 2 StGB zu erwarten hat (vgl. BverfG NstE Nr. 5 zu § 56 c StGB). Die Weisung, nicht mit Personen aus der „rechten Szene/Neonazi-Szene" zu verkehren, ist nicht ausreichend bestimmt. Die „rechte Szene/Neonazi-Szene" ist keine bestimmte Gruppe i. S. v. § 56 c Abs. 2 Nr. 3 StGB. Zur näheren Eingrenzung wäre es vielmehr nötig gewesen, dass das Gericht einzelne Personen oder Organisationen benannt hätte, auf die sich das ausgesprochene Verbot bezieht, um die Überwachung der Weisung auch zu ermöglichen."

Gerichte müssen also zukünftig genauer detaillieren, mit wem und mit welcher Gruppe man in seiner Bewährungszeit keinen Kontakt haben darf, was naturgemäß schwieriger ist, als generell jeden Kontakt als „rechte Szene" zu klassifizieren. Gegen den zur Zeit ein solches „Szeneverbot" ausgesprochen wurde, ob NPD-Mitglied oder nicht, sollte unbedingt einen Anwalt konsultieren und sich aufgrund obiger OLG-Entscheidung gegen die Unrechtmäßigkeit dieser Auflage beschweren. Die HNG kann bei Bedarf geeignete Rechtsanwälte vermitteln.

Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)
z. H. Frau Ursula Müller,
Am Sägewerk 26,
55124 Mainz-Gonsenheim

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=322

Bericht zum Trauermarsch in Dresden

Von: Christian Worch– 03.02.2005

Die jährliche Gedenkveranstaltung mit Trauermarsch aus Anlaß der Vernichtung Dresdens vor nunmehr sechzig Jahren fand am Sonntag mit sehr starker Beteiligung statt. Während es im letzten Jahr nach meine Zählung noch zwischen 2.000 und vielleicht höchstens 2.200 Personen waren, waren es diesmal um 5.000. Der „runde" Jahrestag mag dazu beigetragen haben, wenngleich das Verdienst wohl weniger dem Kalender zuzuschreiben ist als dem vorherigen öffentlichkeitswirksamen Auftreten der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag.



Auf der Straße unmittelbar neben diesem Landtagsgebäude (um das herum es in Sachsen keine Bannmeile gibt) fand die Auftaktkundgebung statt, auf der der Anmelder Alexander Kleber von der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO), der nationale Liedermacher Frank Rennicke, der ehemalige Bundesvorsitzende der Republikaner, Franz Schönhuber, der Bundesvorsitzende der Deutschen Volksunion (DVU), Dr. Gerhard Frey und der Stellvertretende Parteivorsitzende der NPD und Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Holger Apfel, zu Wort kamen. Darüber hinaus kamen mit Grußbotschaften Kameraden aus Österreich, der Schweiz und Italien zu Wort.

Während der Wetterbericht für den ganzen Tag Regen vorausgesagt hatte und auf der Anreise diese Voraussage sich zu bewahrheiten schien, kam, kaum daß wir in Dresden angekommen waren, die Sonne durch. Sie hielt sich auch bis kurz vor Ende der Veranstaltung, so daß das Wetter zwar kalt, aber durchaus

angenehm war. Auf jeden Fall ungleich viel angenehmer, als die Meteorologen vorhergesagt hatten. Vielleicht war es das, was Linksradikale dazu bewog, unter anderem ein Transparent mit der Aufschrift „Odin ist scheiße!" zu zeigen. Sie müssen es sehr eilig gemacht haben, als sie erkannten, daß die Wettergottheit eindeutig mit uns war! Flexible Jungs, recht einfallsreich, auch wenn man ihnen textlich-inhaltlich natürlich nicht zustimmen kann....

Der Trauermarsch, der zweimal über die Elbbrücken und durch Teile der Neustadt führte, verlief mit nur geringen Zwischenfällen. Einmal mußte der Zug ungefähr eine halbe Stunde warten, bis die Polizei unter Androhung von Wasserwerfereinsatz und mit „einfacher körperlicher Gewalt" leichte Feindkräfte von einer der Brücken verdrängt hatte. An anderer Stelle präsentierte die Antifa sich nicht nur mit USA- und Israelfahnen oder den üblichen Sprechchören, sondern auch mit vereinzelten Böllerschüssen und Flaschen- oder Steinwürfen. Das war recht bedeutungslos; von Personen- oder Sachschäden ist mir nichts bekannt.

Auf der Abschlußkundgebung sprachen der Parteivorsitzende der NPD, Dipl.Politologe Udo Voigt, sowie der nationale Aktivist Dipl. Ing. Peter Naumann, und ein Vertriebenenfunktionär, dessen Name mir peinlicherweise entfallen ist. Sollte es noch weitere Redner gegeben haben, so ist mir das leider entgangen. Denn der Veranstalter hatte vorsorglich zwar ein paar Mobil-Toiletten aufgestellt; da deren Zahl wohl aus Kostengründen nur drei betrug, hatte sich davor eine sehr lange Schlange gebildet. Und wegen eines entsprechenden menschlichen Bedürfnisses verbrachte ich rund eine halbe Stunde in dieser Schlange, so daß mir ein paar Einzelheiten der Abschlußkundgebung entgingen.

Beim Abrücken von der Veranstaltung wurden einzelne Reisebusbesatzungen in kleinere Zwischenfälle mit antifaschistischen Kräften verwickelt; auch auf uns flogen von einer Brücke ein paar Steine. Sonderlich viel Schaden wurde nicht angerichtet; meines Wissens wurde lediglich eine Kameradin verletzt, die noch vor Ort provisorisch verarztet werden konnte, aber ihre Platzwunde wohl später nähen lassen mußte.

Die Rückfahrt des Hamburger Reisebusses gestaltete sich wegen eines geplatzten Reifens und später einsetzenden heftigen Schneesturms langwieriger als gedacht, war aber ohne wirklich schlimme Hindernisse.

So erwies sich die diesjährige Veranstaltung in Dresden als ein herausragender Erfolg, wenngleich einige nachfolgende kritische Anmerkungen erforderlich sind.

Anmerkung:
Noch immer nicht begreiflich ist mir, wieso die Veranstaltung in diesem Jahr einen Schirmherrn brauchte, nachdem sie in den vergangenen Jahren sehr gut ohne ausgekommen ist.

Noch eine Anmerkung:
Da der Schirmherr nun einmal ein durchaus bekanntes Mitglied einer in letzter Zeit durchaus noch bekannter gewordenen Partei ist, entsteht mit einer solchen Wahl natürlich bis zu einem gewissen Maße der Eindruck, daß die Veranstaltung parteipolitisch vereinnahmt worden sei. Bei rein politischen Veranstaltungen, die sich mit gegenwarts- oder zukunftsbezogenen Themen befassen, ist so etwas ja durchaus in Ordnung. Bei einer Gedenkveranstaltung mit Trauermarsch würde ich so etwas allerdings für weniger passend halten.

Eine dritte Anmerkung:
Die Besetzung der Rednerliste sollte offenbar dem Ausdruck des Volksfront-Gedankens dienen. Das ist soweit ja auch ganz in Ordnung, Wenn es aber so verstanden werden sollte, dann ist bei der Volksfront ein Übergewicht von Kräften, die bürgerlicher als die NPD sind, gegenüber Kräften, die radikaler als die NPD sind, festzustellen. Im Sinne einiger vormals parteifreier Initiatoren bzw. Mitinitiatoren der Volksfront muß man das wohl als eine Art von Schieflage ansehen.

Eine vierte Anmerkung:
Kursierende Zahlen betreffend: Beim Abmarsch der Teilnehmer zählte ich 4.250 Personen. Meine Zählmethode bei ungeordneten Menschenmengen ist eine „konventionelle", also eine, bei der eher weniger als mehr Leute gezählt werden. Daher lasse ich eine Fehlermarge von 10 bis 15 Prozent nach oben gelten, so daß es durchaus bis zu 5.000 Personen hatten sein können. Eine wohl etwa zeitgleich erfolgte Zählung durch einen Ordner soll nach meinen Informationen bei 708 Reihen a jeweils zwischen sechs bis sieben Personen ergeben haben, also auch eine Zahl von zwischen deutlich über 4.000 und bis knapp an 5.000 Personen heran. Später kursierten höhere Zahlen. Die teilweise erhebliche Differenz versuchte man durch Zuzug während des Umzuges zu erklären. Einen solchen Zuzug mag es gegeben haben, aber schwerlich in einer Größenordnung von mehreren tausend Teilnehmern. Auch wurde zeitweilig verbreitet, ein Nachrichtensender (wohl N 24) habe in seinem Video-Text von 8.000 Teilnehmern gesprochen. Tatsächlich sind mir drei Videotextmeldungen defintiv bekannt, die während des Umzuges bzw. bis zu dessen Ende veröffentlicht wurden, und zwar von NDR, N 24 und Kabel 1. Diese waren – in chronologischer Reihenfolge – 3.000, zwischen 5.000 und 7.000 und dann wieder 5.000. Die erste Zahl mag sich auf einen frühen Zeitpunkt der Veranstaltung bezogen haben, wo noch nicht alle Teilnehmer eingetroffen waren. So etwas passiert bei Pressemeldungen häufig. – SPIEGEL ONLINE berichtete von 6.000, die JUNGE WELT (unter Berufung auf die Aussagen von „antifaschistischen Kreisen") von 7.000 bzw. über 7.000. Der Veranstalter selber äußerte kurz vor dem Ende des Umzuges die Absicht, von 6.000 Teilnehmern als „offizieller" Zahl auszugehen.

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=320

§823 BGB: Schmerzensgeld bei linken Straftätern

Von: Deutsches Rechtsbüro – 15.02.2005

Wenn politisch unkorrekte Deutsche an einer Demonstration teilnehmen oder sonstwie in der Öffentlichkeit auftreten, kommt es regelmäßig vor, daß sie von linksextremistischen Gegendemonstranten übel beschimpft, bespuckt, mit Eiern, Tomaten, Steinen und Fäkalien beworfen oder verletzt werden. In der letzten Zeit gelang es erfreulicherweise, in mehreren Fällen die Täter dingfest zu machen, und sie wurden dann strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen. Nach erfolgter Akteneinsicht erfuhren die Betroffenen die Namen der Täter und erhielten obendrein von ihnen auch noch auf zivilrechtlichem Wege Genugtuung.

Im ersten Falle schlugen mehrere linksextremistische Gewalttäter am 03.06.2002 in Hamburg einen politisch unkorrekten Deutschen krankenhausreif, weil sich dieser an einem Informationsstand der NPD beteiligt hatte. Das Amtsgericht Hamburg verurteilte einen Teil der Täter unter anderem am 10.03.2003, Az. 7101 Js 469/02 wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung zu Geldstrafen bzw. Arbeitsleistungen. Außerdem erhielt der Betroffene als Ausgleich für seine Jochbein- und Schädelprellung, Gehirnerschütterung und Schürfwunde von den Tätern ein Schmerzensgeld in Höhe von 800,- € und seine Anwaltskosten.

Im zweiten Falle bespuckte ein linksextremistischer Gegendemonstrant bei einer Demonstration gegen „Hartz IV" in Neubrandenburg am 26.08.2004 einen politisch unkorrekten Deutschen. Im Rahmen des eingeleiteten Strafverfahrens der Staatsanwaltschaft Neubrandenburg, Az. 711 Js 21925/04, mußte der Täter eine Geldbuße von 150,- € bezahlen. Außerdem zahlte er für die von ihm begangene unerlaubte Handlung und Persönlichkeitsrechtsverletzung des Bespuckten weitere 150,- € Schmerzensgeld nebst Anwaltskosten.

Das Deutsche Rechtsbüro bittet daher um folgendes:

- Wenn Sie oder andere Opfer einer Körperverletzung oder einer Beleidigung oder einer Persönlichkeitsrechtsverletzung

geworden sind, halten Sie den Täter gemäß § 127 StPO auf frischer Tat fest und übergeben ihn der Polizei. Achten Sie darauf, daß der Vorfall dort festgehalten und die Personalien des Täters aufgenommen werden. Benennen Sie Zeugen für den Vorfall.

- Sobald der Täter rechtskräftig strafrechtlich verurteilt worden ist, nehmen Sie über einen Rechtsanwalt Akteneinsicht.
- Verlangen Sie dann von dem Täter Schmerzensgeld und Schadensersatz.
- Fordern Sie von uns hierzu aus unserem Archiv Musterurteile an.
- Senden Sie uns Gerichtsentscheidungen und Meldungen zu juristischen Fragen. Unser Archiv ist immer nur so gut und so aktuell, wie es von den Betroffenen diesbezügliche Nachrichten erhält.

Deutsches Rechtsbüro
c/o Miosga
Postfach 12 16
D-16542 Birkenwerder

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=318

Wir sind keine Neonazis?

Von: Störtebeker – 14.02.2005

Was sind eigentlich Neonazis? - Genaugenommen eigentlich alle Nationalisten, die auf irgend eine Art und Weise dazu willens oder in der Lage sind, sich ernsthaft einen Staat vorzustellen, der vornehmlich die Interessen der eigenen Bevölkerung und nicht nur die ihrer fremdvölkischen Minderheiten vertritt. Ob dabei einer von ihnen Adolf Hitler verehrt oder die Bibel ist dabei vollkommen unerheblich. Aus diesem Grund sind Erklärungen wie die unten genannte nicht nur ausgesprochen sinnlos, sondern auch ausgesprochen naiv.

DVU Pressemitteilung:
DVU weicht kein Jota von ihrem Kurs ab

In der heutigen Frankfurter Rundschau wird gemutmaßt, die NPD könnte versuchen, die „DVU mit Blick auf die Bundestagswahl 2006 auf einen radikaleren Kurs" zu bringen.

Dazu erklärt der DVU-Bundesvorsitzende Dr. Gerhard Frey: „Es gibt keinen derartigen Versuch. Im Gegenteil hat sich der NPD-Vorsitzende Voigt in seiner Erklärung vom 2. Februar mit deutlichen Worten zu den Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekannt. Unabhängig davon wird die DVU kein Jota von ihrem bisherigen Kurs abweichen, der sich auf die Kurzformel bringen lässt: ‚Ja zum Grundgesetz – Knallhart gegen Gewalt – Nein zu Nazismus und Neonazismus'".

In einem Beitrag für die heute erscheinende Ausgabe der National-Zeitung warnt Dr. Frey davor, Rechtsstaat und Demokratie zu beschädigen und die vom Grundgesetz verbürgten Grundrechte weiter einzuschränken:
„Die skandalträchtigen Auftritte der Grünen in den Achtzigern, die gewalttätigen Demos in Wackersdorf und an der Startbahn West, die RAF und die Konfrontation im Kalten Krieg hat die Bundesrepublik mit dem derzeit bestehenden gesetzlichen Instrumentarium bewältigt. Aber dass die NPD-Fraktion vorübergehend aus dem Sächsischen Landtag auszog und dass am Brandenburger Tor eine NPD-Versammlung stattfinden soll, löst jetzt den Staatsnotstand aus? Wie abwegig."

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=316

Heimatschutz-netzwerk Sachsen gehackt!

Von: FW Redaktion – 11.02.2005

Wer in dieser Nacht auf die Seite des Heimatschutznetzwerk Sachsen zugreifen wollte wird bemerkt haben, was passiert ist. Antifaschisten haben sich Zugang verschafft und die Seite des HNS und alle Unterseiten durch eigene Seiten ersetzt. So z.B. auch die Mobilisierungsseite für die Demo am 19. März in Dresden. Informationen zu dieser Demo findet ihr bei uns im Forum.



Dieser Angriff ist nicht der erste in den letzten Wochen. Anfang Januar wurde der Internetshop des Asgard Versandes gehackt und alle Kundendaten (fast 200 Namen, Adressen, Telefonnummern) wurden durch Antifas veröffentlicht.

Am 28. Januar wurde die Seite www.friedensvertrag.info gehackt und die Seite wurde ausgetauscht.

Erst gestern wurde die Seite der Deutschen Partei (DP) www.deutsche-partei.de gehackt. Die Verursacher dieses Hacks scheinen identisch mit dem von firedensvertrag.info zu sein.

Und neben der Deutschen Partei traf es gestern auch ein Forum von ausländischen Kameraden (Völkermord - Schweden).

Die bisherigen Hacks waren wohl nur wegen Sicherheitslöchern in den eingesetzten Scripten, oder veralteter Serversoftware möglich. Oft kommt es aber auch vor, dass Kameraden Skripte verwenden, von denen sie keine Ahnung haben und über die sie sich vorher nicht ausreichend informiert haben. Zu oft benutzen sie einfach Scripte die noch in der Entwicklung sind und von denen sogar bekannt ist, dass sie Sicherheitslöcher haben. Aufgrund der vermehrten Aktivitäten sollte jeder Betreiber einer Internetseite und jeder, der einen Dienst einer solchen Internetseite nutzt (E-Mail Adressen, Foren, usw.), einige Sicherheitsvorkehrungen vornehmen.

- Wechselt so oft es geht eure Passwörter (egal ob bei eurem Webspace, oder im Forum etc.) und verwendet bitte immer sichere Passwörter (sichere Passwörter sollten kleine und große Buchstaben, Zahlen und Sonderzeichen enthalten).
- Wenn ihr für die Realisierung eures Internetauftrittes eine Onlinedatenbank verwendet, macht oft genug Sicherheitskopien!
- Speichert keine persönlichen Daten auf dem Server! Sollte euer Zugang gehackt werden, haben Antifaschisten Zugriff auf alle Dateien!
- Löscht gelesene E-Mails von eurem Server.
- Benutzt zum versenden von E-Mails das Verschlüsselungsprogramm PGP (Anleitung unter www.freier-widerstand.net/anleitung/pgp/).
- Teilt niemandem eure Passwörter mit!
- Wenn eure Seite gehackt wird, teil es bitte Kameraden mit, damit man den Schaden abschätzen und eventuell begrenzen kann.

Faulheit und Unwissenheit kann auch im Internet Folgen haben. Schützt unsere Strukturen so gut es geht!

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=312

Anquatschversuch in Hamm (Westfalen)

Von: KS Hamm – 11.02.2005

Erster Fall: Wie wir erst jetzt erfahren haben, wurde im Vorfeld der Demonstration (die sich gegen eine Ausstellung vom Verfassungsschutz richtete) in Hamm am 26.01.05 ein älterer Kamerad vom Verfassungsschutz angerufen. Bei dem Kameraden handelt es sich um ein überzeugten Nationalen Sozialisten, der seit 20 Jahren im Widerstand aktiv ist, aber aufgrund seiner Familie ein bisschen ruhiger geworden ist! So versprach sich der Verfassungsschutz ihn als Spitzel anwerben zu können. Der Kamerad lehnte aber am Telefon ein Gespräch unter „vier Augen" ab und legte auf!

Zweiter Fall: Am 11.02.05 um 10.00 Uhr schellten zwei Männer vom Innenmiesatrium, diesmal bei einem jüngeren Kameraden, in Hamm an und fragten, „ob er an einem Gespräch interessiert wäre?". Der Kamerad schloss natürlich sofort die Tür und informierte andere Kameraden.

Es ist zu beobachten, daß sich der Verfassungsschutz momentan vermehrt im Ruhrgebiet rumtreibt und versucht Kameraden für Spitzel - Tätigkeiten zu werben. Augen aufhalten und jeden Anquatschversuch sofort den Kameraden melden.

Keine Zusammenarbeit mit den Feinden der Freiheit! Verfassungsschutz - abschalten!!

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=311

Nordkorea hat Atomwaffen

Von: Störtebeker – 10.02.2005

Mit formell zur Schau getragener Bestürzung reagiert die bundesdeutsche Medienwelt auf die Nachricht, daß das kommunistische Nordkorea den Besitz von Atomwaffen jetzt offiziell zugegeben hat. In einer Erklärung des nordkoreanischen Außenministeriums war bekanntgegeben worden, daß diese Waffen lediglich zur Verteidigung und vor allem zum Schutz vor den USA dienen. Gleichzeitig machte das Land seinen ausstieg aus den sogenannten „Sechs-Länder-Gesprächen" über sein Atomprogramm bekannt. Bei den sogenannten „Sechs-Länder-Gesprächen" handelt es sich um Versuche der USA, Russlands, Japans, Chinas und Südkoreas die Nordkoreaner zur Einstellung ihres Atomprogrammes zu bewegen.

Nordkorea reagierte mit diesem Schritt auf die Ankündigung des US-Präsidenten George W. Bush, der es sich zum Ziel seiner zweiten Amtszeit gemacht hat, das Land „um jeden Preis zu isolieren und zu ersticken". Dieser Eindruck wurde durch die US-amerikanische Außenministerin Condolezza Rice verstärkt, die unlängst von Nordkorea als „Außenposten der Tyrannei" sprach. In der vom nordkoreanischen Außenministerium verbreiteten Erklärung wies man außerdem darauf hin, daß man sein Atomwaffenarsenal stärken werde, um „seine Ideologie und sein Staatssystem zu schützen". Darüber hinaus hieß es im Hinblick auf die Äußerung der US-amerikanischen Außenministerin: „Die Bush-Regierung brandmarkte die Demokratische Volksrepublik Korea, ihren Dialogpartner, als 'Außenposten der Tyrannei'. Dies beraubte die Demokratische Volksrepublik Korea jeder Rechtfertigung zur Teilnahme an den Sechsergesprächen."

Der Vorwurf der USA Nordkorea würde am Bau vom Atomwaffen arbeiten war in der Vergangenheit weder neu noch originell. Nordkoreanische Politiker sprachen in der jüngsten Vergangenheit gar von der Notwendigkeit einer „physikalischen Abschreckung" und in der Tat, wenn man die aggressive Außenpolitik der USA in den letzten Jahren betrachtet, so muß man gewiß kein Kommunistenfreund sein, um die Berechtigung des nordkoreanischen Atomprogrammes anzuerkennen. So lassen die USA ihren Gegnern ja auch keine andere Wahl, als sich hinreichend auszurüsten, um gegen die Umarmungsversuche von Gottes eigenem Land zu verteidigen.

Darüber hinaus ist es nicht so recht einzusehen, wieso der Besitz von Atomwaffen das Monopol einiger weniger auserwählter Staaten sein soll, die damit alle Welt in Schach halten, um ihr ihren Willen aufzunötigen. Im Gegensatz zu den USA und deren Verbündeten hat Nordkorea in den vergangenen Jahrzehnten seine Nachbarn nicht bedroht, erpreßt oder mit Krieg überzogen, so daß es durchaus im Recht ist, wenn es für sich den Besitz seiner ungestörten Souveränität ohne politische Einmischung von außen verlangt. Macht man ihm dieses Recht streitig, so ist es dazu berechtigt sich mit den Mitteln zu verteidigen, die ihm gerade zur Hand sind. Und wenn es sein muß auch mit Nuklearwaffen, würden die USA es doch auch nicht anders tun.

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=309

Marxisten fordern Verbot der KS Eisenach

Von: KS Eisenach – 10.02.2005

Für tosendes Gelächter in unseren Reihen und dem Umfeld sorgt der bekannt gewordene „Verbotsantrag" der Stadtratsfraktion der MLPD - Tarnorganisation „Eisenacher Aufbruch" gegen die Kameradschaft Eisenach und das Aktionsbüro Thüringen. Offenbar weiß man sich nach erneuter politischer Niederlage am vergangenen Rosenmontag nicht mehr anders zu helfen. Die stetigen Niederlagen führten jedoch offensichtlich zu einem Maß an Realitätsverlust, das selbst unsere bisherige Diagnose über das politische Verhalten der „Aufbruchler" und „Bündnisler" bei weitem übersteigt.

Zunächst einmal lässt die Form des Antrages erkennen, dass dieser wohl eher in der Sparte „Demokraten – Alibi" zu verbuchen ist, und nicht auf die ernsthafte Absicht eines Verbotes zielt.

Der Antrag, den man fast Dreizeiler nennen kann, ist mit oberflächlichen Phrasen gefüllt, die allesamt, und das sollte der Innenminister, für den unwahrscheinlichen Fall er beschäftigt sich mit dieser Lachnummer, wissen, aus dem Heftchen der MLPD „Verbotsantrag für alle faschistischen Organisationen" stammen. Dieses Heftchen wurde erst am vergangenen Montag von den Marxisten unter ihrer Anhängerschaft verteilt. Wir fanden eines, inkorrekt mitten in der Karlstraße entsorgt, und ziehen zwischen beiden Textinhalten eindeutige Parallelen. Offenbar hat der Verfasser des kurzgefassten „Verbotsantrages" Fritz Hofmann lediglich Textstellen aus der MLPD - Lektüre kopiert und die Namen politisch missliebiger Wortfolgen eingefügt.

Rein politisch werden wir uns mit dem Antrag nicht weitergehend beschäftigen, da er nur ein weiteres Beispiel dafür ist, dass es Hofmann und Genossen ganz offensichtlich an Grundverständnis für das fehlt, was sie glauben zu verteidigen, nämlich Demokratie und Grundgesetz.

Rein persönlich amüsieren wir uns darüber, wie dieser Hofmann zum einen immer wieder versucht den Ritter der Gerechten in Eisenach zu spielen und zum zweiten erscheint uns die wissentliche Aufwertung unserer Agitation als Kompliment und Beweis dafür, dass wir uns damit auf dem richtigen Weg befinden.

Rein juristisch muss Herrn Hofmann wohl aber noch auf die Sprünge geholfen werden. Empfohlen wird ihm daher unsererseits, den ihm bestens bekannten SPD-Politiker und Rechtsanwalt Richard Dewes zu konsultieren, sofern dieser mit der Vorbereitung auf eine anstehende Zeugenaussage nicht allzu überlastet ist. In Hofmanns Kopf ist nämlich dahingehend aufzuräumen und klarzustellen, dass der Innenminister eines Landes nur wahrlich bestehende Gruppen mit vereinsähnlicher Struktur verbieten kann.

Die Kameradschaft Eisenach ist lediglich ein Name, der zur allgemeinen Identifizierung des örtlichen nationalen Widerstandes in Eisenach und Umgebung dient. Diesen mag man verbieten, erreicht damit aber nur, das ein neuer Name in den Topf der politischen Landschaft Eisenachs und Thüringens geworfen wird.

Hinsichtlich des Aktionsbüros Thüringen verweisen wir auf die eindeutigen Selbstdarstellungstexte dieses Büros.

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=306

Otto Riehs muss vor Gericht

Von: Axel W. Reitz – 09.02.2005

In den frühen Morgenstunden des 02.März 2004 kam es einmal mehr zu einer Hausdruchsuchung bei unserem Kameraden Otto Riehs. Die in Frankfurt/M. eigentlich wegen der ausufernden Drogenkriminalität dringend für diesbezügliche Durchsuchungen benötigten Beamten suchten allerdings weder Rauschgift, noch Waffen oder Munition, ihr "heldenhafter" Einsatz galt der Auffindung eines Ritterkreuzes!

Der Vorwurf: Kamerad Otto Riehs soll sein Ritterkreuz, welches ihm für seinen heldenhaften Einsazt als Soldat der Wehrmacht verliehen wurde, während der Demonstration des Nationalen Widerstandes am 22. Novemver 2003 in Marienfels bei Koblenz gegen den damals geplanten und später von rotfaschistischen Elementen ausgführten Abrißes eines Denkmales für die Angehörigen der Waffen-SS Division

Leibstandarte Adolf Hitler so getragen haben dass kurzzeitig das Hakenkreuz sichtbar wurde.

Man muß sich das mal vorstellen: Kein Fernsehabend ohne Hakenkreuze, Sig-Runen und Führerbilder, keine Dokumentation über die Deutsche Geschichte ohne Meere von Hakenkreuzflaggen, kaum ein Monat ohne Adolf Hitler auf der Titelseite von "stern", SPIEGEL, Focus oder sonst einem Printmedium. Das Hakankreuz ist in Deutschland allgegenwärtig und da legt ein tapferer Frontsoldat diese ihm von seinem obersten Kriegsherrn verliehene Tapferkeitsauszeichnung mit einem Hakankreuz von nicht einmal einem Zentimeter Durchmesser so an, das dieses dabei kurzzeitig zu sehen gewesen sein soll und schon tritt die Staatsmacht auf den Plan.

Hätte es noch eines Beweises dafür bedurft, dass in diesem Land nicht mehr alles mit rechten Dingen zugeht, das wäre er unumstößlich gewesen.

Wer Otto Riehs kennt, diesen junggebliebenen, mutigen und lebensfrohen Haudegen, der weiß wohl. daß ihn auch heute noch kein Beamter dieses Staates aus der Ruhe zu bringen vermag. **Wer mit einer defekten PAK innerhalb von 12 Minuten durch den Abschuß von 10 russischen Panzern einen sowjetischen Stoßangriff zum Zusammenbrechen bringt**, dem werden ein paar bundesdeutsche Polizeibeamte keinen allzu großen Schrecken einjagen können. Als Otto fragte, welche Beweismittel man denn gegen ihn in der Hand habe, meinte der angesprochene Beamte süffisant: "Wir haben Fotos, Herr Riehs!". Und Otto, weder auf den Kopf, noch auf den Mund gefallen antwortete: "Fotos mit dem Ritterkreuz? Das trifft sich gut, ich such nämlich welche!".

Nachdem ein Strafbefehl erlassen und natürlich abgelehnt wurde, ist nun die Verhandlung vor dem Amtsgericht Lahnstein bei Koblenz für Mittwoch, den 16. Februar 2005 um 10:30 Uhr terminiert worden.

Kamerad Riehs sagt er freue sich schon auf die Verhandlung und bat um größtmögliche Unterstützung, insbesondere der jungen Generation.

Diese Unterstützung soll er bekommen! Es sollte für jeden Kameraden eine Ehrensache sein bei der Verhandlung von Kamerad Riehs ein Zeichen der Solidarität zu setzen und damit den Schulterschluß zwischen der alten und der jungen Generation von Kämpfern für Volk und Vaterland zu symbolisieren.

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=304

EU Diskussion um Hakenkreuz verbot

Von: Störtebeker – 09.02.2005

Vor einigen Wochen sorgte der englische Prinz Harry durch ein albernes Partykostüm mit Hakenkreuzarmbinde für einen europaweiten Skandal, der von einigen politisch überkorrekten Politikern dazu benutzt wurde, ein europaweites Verbot des Hakenkreuzes zu fordern. Allerdings führte diese Forderung hier und da auch zu erheblichem Widerspruch, besonders bei hinduistischen Minderheiten. Diese sehen im Hakenkreuz ein Jahrtausende altes Kultsymbol.

Da gerade ehemalige Kolonialstaaten wie Großbritannien Rücksichten auf derartige Meinungen zu nehmen haben, dürfte ein generelles Hakenkreuzverbot, wie es speziell von deutschen EU-Parlamentariern verlangt wird, nicht machbar sein. Statt dessen gibt es voraussichtlich eine Art „Minimalkompromiß", der faktisch die Dinge so beläßt wie sie sind. So erklärte der Sprecher des EU-Justizkommissars Franco Frattini, daß es in dem geplanten EU-Rahmenbeschluß zwar entsprechende Hinweise geben, die genaue Auslegung der Bestimmung aber Sache der einzelnen EU-Staaten bleiben soll. Der Sprecher wörtlich: "Es wäre unklug, wenn wir das auf europäischer Ebene zu harmonisieren versuchten." Deutlicher hat man Pläne für einen Gummiparagraphen wohl selten in Worte gefaßt.

Doch es kommt noch besser. So verlangten die beiden konservativen Europaabgeordneten Vytautas Landsbergis (Litauen) und Jozsef Szajer (Ungarn) in einem gemeinsamen Brief an Frattini zusätzlich auch ein Verbot von Symbolen des Sowjet-Kommunismus durch die EU gefordert. Ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, wie man meinen sollte. Wurden doch im Zeichen von Hammer und Sichel weitaus mehr Menschen unterdrückt und ums Leben gebracht, als es je im Zeichen des Hakenkreuzes der Fall gewesen war. Sollte es daher verwerflich sein, wenn man in diesem Fall ein für alle mal tabula rasa gemacht hätte?

Nun, das sieht man in der EU-Spitze bemerkenswerterweise anders. So ließ EU-Justizkommissar Frattini die beiden EU-Parlamentarier dann auch wissen, daß er ein ausdrückliches Verbot sowjet-kommunistischer Verbote nicht für angemessen hält. Einen Grund dafür nannte er bezeichnenderweise nicht.

Die letzte Entscheidung über das europäische Hakenkreuzverbot fällt voraussichtlich am 24. Februar in Brüssel. Der Witz an der Sache ist, daß es in der europäischen Rechten vermutlich kaum jemand gibt, der über ein solches Verbot sonderlich bestürzt oder gar betrübt wäre. So ist das Hakenkreuz in etlichen Ländern, wie beispielsweise Deutschland und Österreich, ohnehin schon verboten. Darüber hinaus spielt es bei sich politisch ernstnehmenden nationalen Organisationen von Bedeutung ohnehin keine Rolle. Statt dessen zeigt ein mögliches europaweites Hakenkreuzverbot ohne gleichzeitiges Verbieten kommunistischer Symbole wieder einmal deutlich, wer auf diesem Kontinent wirklich das Sagen hat. So gesehen ist ein solches Verbot aus propagandistischer Sicht gesehen wesentlich günstiger, als wenn man mit derartigen Symbolen offen hausieren gehen würde.

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=302

Montagsdemo in Altenburg gerettet!

Von: Bürgerinitiative Altenburg – 09.02.2005

Nachdem der DGB und allen voran Herr Gräfe, die Maske fallen lassen mussten und nun ihr intolerantes Gesicht entblößten, entschloss sich die Bürgerinitiative und weitere Teile des Volksprotestes gegen den Sozialabbau und zur Rettung der Montagsdemonstrationen eine eigene Veranstaltung in Altenburg anzumelden. Das Motto der Veranstaltung lautete:

Sozialraubbau stoppen!
Alternativen aufzeigen!
Hartz IV – Nicht mit uns!

Aufgrund der Kürze der Zeit und der sich theoretisch kreuzenden Marschrouten beider Demonstrationen, konnte unsere Demonstration erst um 19 Uhr beginnen. Dies war aber nicht negativ, denn so erklärten sich spontan Unterstützer aus Sachsen und Sachsen/Anhalt bereit, einen weiten Weg auf sich zu nehmen, um mit uns gemeinsam den Widerstand gegen die Sozialvernichtungsgesetze der Politik auf die Straße zu tragen. Vergessen werden natürlich nicht die Freunde aus Thüringen, die uns seit Wochen ebenfalls personell kräftig unterstützen.

Die Demonstration des DGB und der selbsternannten „Anständigen" begann um 17 Uhr. Daran nahmen ca. 60 Personen (Die OVZ berichtet von 150 Teilnehmern, wobei hier wohl etwas der Bezug zur Realität zu fehlen scheint bzw. man hat uns mit dazu gerechnet, da wir uns dieses Spektakel nicht entgehen lassen wollten) teil. Jedenfalls wurde in gewohnt plumper Art gegen nationale und sozialistische Menschen polemisiert und das übliche „Nazis raus" Geschrei getätigt. Die Demonstration, die geplant war, wurde –wie sollte es anders sein- nicht durchgeführt. Diesmal gab es laut OVZ folgende Begründung: „Auf einen Protestmarsch verzichtete der DGB gestern. Für eine sinnvolle Demonstration hätten in seinen Augen 500 bis 600 Teilnehmer zusammenkommen müssen."
Wenn das Wetter nicht mitspielt, müssen solche Ausreden gefunden werden. Man kann daran aber erkennen, dass selbst diese –selbstgewählte- Thematik nicht konsequent verfolgt wird.
Der nationale und sozialistische Widerstand begann um 19 Uhr.

Zusammengefunden hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt bereits ca. 60 Menschen. Aufgrund der Kürze der Zeit und der somit fehlenden Möglichkeit zur Publikmachung der Demonstration, eine ganz beträchtliche Zahl. Die Kundgebung wurde durch einen Redner eröffnet, der deutliche Worte gegenüber dem DGB und seinen sinnentleerten Demonstrationen der vorangegangenen Wochen fand. Die Problematik von Hartz IV wurde aufgegriffen und deutlich gemacht, dass der nationale Widerstand NICHT hinnehmen wird, wenn sich die Masse des Volkes immer mehr in der Armutsspirale bewegt. Auch wurde das Vorgehen der Polizei kritisiert, welche die vorangegangenen Wochen von nationalen Demonstrationsteilnehmern Ausweispapiere verlangte, obwohl dies offensichtlich und rechtlich nicht angedacht ist. Dies sei in einer Demokratie nicht rechtmäßig, da es Bürger von ihrem berechtigten Protest abhalten könnte. Man verwies auf die eindeutige und geltende Rechtssprechung.

Der zweite Redner war ein Vertreter der Bürgerinitiative –Schöner Wohnen Altenburger Land-, der auch die Demonstration leitete und anmeldete. Er ging ausführlich auf die Hintergründe der sozialvernichtenden AGENDA 2010 ein. Es wurde präzise erklärt, dass hier der Sozialstaat einem offen globalistisch-kapitalistischen System weicht und mit dem Raubbau an sozialen Sicherungselementen der Dahinsiechungsprozess der staatsbankrotten BRD verlängert werden soll. Der Mensch wird als „Humankapital" betrachtet und somit gar nicht mehr als Mensch wahr- genommen. Die Effekte einer derartigen Politik sind die Schaffung einer „industriellen Reservearmee" und ein Druck auf bestehende Tarifverträge. Auch hier wurde noch einmal auf die Problematik hingewiesen, dass die Gewerkschaften maßgeblich an der Inszenierung der Hartz-Gesetze beteiligt waren, denn es saßen Gewerkschaftsmitglieder in den Gremien. Zum Abschluss der Rede wurde deutlich gemacht, dass man den deutschen Sozialismus als greifbare Alternative betrachtet. Es wurde kurz ausgeführt, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um einen Richtungswechsel zu erreichen.

Der letzte Redner ging ebenso intensiv auf die Problematik Hartz IV und die damit zusammenhängende Verelendung der Masse ein. Es wurde mit Fakten, bekannten und unbekannten Zusammenhängen erläutert, warum dieses System keine Zukunft haben kann. Wo die Gemeinschaft entmenschlicht und die Wirtschaft entnationalisiert wird, da kann es nur zu solchen Entwicklungen wie heute kommen. Auch hier wurde deutlich, dass man ein volkssozialistisches System fordere. Die Rede schloss mit den Worten:
Frei-sozial & national...

Und dieses wurde dann auch während des Demonstrationszuges durch Altenburg lautstark vertreten. Die Demonstrationszahl erhöhte sich auf 80 Teilnehmer, da immer mehr Bürger den Weg zu uns fanden. Stimmgewaltig konnten die Altenburger die Position der deutschen Jugend zu Hartz IV vernehmen. Dies wurde noch mit aussagekräftiger Musik unterstützt (natürlich nicht mit Liedern wie der –Internationalen- wie es der DGB Wochen vorher ständig machte). Man marschierte fast eine Stunde durch Altenburg und verteilte im Umfeld der Demonstration Flugblätter, worin deutlich und klar ausgesagt wurde, warum es an diesem Tag zwei Demonstrationen gab. Der Bürger kann sich sein eigenes Bild machen, wer hier aktionistisch und inhaltlich gegen den Sozialraubbau vorgeht und wer nur sinnlose Spaltung des Volkes betreibt. Ein wenig zu früh war man wieder an den Kundgebungsort zurückgekehrt.

Dies konnte der Versammlungsleiter aber – im übertragenen Sinne- damit erklären, dass wir das NEUE DEUTSCHLAND sind und wir eben schnell voranschreiten zur Rettung unserer Heimat und unseres Volkes. Wahre Worte und somit konnte ein weiterer Erfolg der nationalen Sozialistinnen und Sozialisten für und in Altenburg verbucht werden.

Wir kommen wieder!
Hartz IV – Nicht mit uns!

Quelle:
www.widerstand.info/text.php?id=299

19.03. Dresden: Gegen linke Gewalt

Von: Freie Kräfte Sachsen [FKS] – 08.02.2005

Antifaschistische Gewalt ist immer zugegen. Auf Demonstrationen, bei Infoständen von Parteien und anderen Gruppen, beim Wahlkampf und auch bei Podiumsdiskussionen ist der nationale Aktivist immer gefährdet. Die Risiken sind selbigem zwar bekannt und man nimmt sie auf sich, jedoch kann der aufmerksame Beobachter an den antifaschistischen Reaktionen und Aktionen der letzten Monate deutlich eine Steigerung der Gewaltbereitschaft erkennen.

Beispiele für gewalttätige Aktionen von Antifaschisten gibt es genug. Dabei sind nicht die Aktionen gemeint welche zu Sachbeschädigung oder zur Verletzung der persönlichen Würde führen, sondern vornehmlich militante Aktionen welche inzwischen sogar Leib und Leben vom Aktivisten des nationalen Widerstandes gefährden. Inzwischen warnen sogar Polizeiexperten und Zeitungen wie die "Potsdamer Neuste Nachrichten" vor einer Verharmlosung des Linksextremismus. Und das nicht nur in Brandenburg.

Für Sachsen gibt es einige Beispiele welche uns die Militanz des politischen Gegners vor Augen führen. Am Abend nach der Kommunalwahl in Sachsen sammelten sich beispielsweise ungefähr 50 Personen auf dem Albertplatz in Dresden um dann in Richtung Dresdner Rathaus zu ziehen. Aus dieser Spontandemonstration heraus stürmten dann etliche Teilnehmer in das Rathaus und störten dort eine Wahlkampfveranstaltung. Im Laufe dieses Vorfalls wurden Beamte der Bereitschaftspolizei noch mit Steinen und Feuerwerkskörpern beworfen. Ein weiterer Vorfall, welcher gleichzeitig auch die Spitze der bisherigen Ereignisse darstellt, war der Brandanschlag auf Aktivisten des Nationalen Bündnis Dresden am 20. Mai 2004. Im Rahmen dieses Anschlages wurde ein Molotowcocktail im Briefkasten des Hauses deponiert, in welchem nicht nur der Kamerad Richter (NBD) wohnte, sondern auch der Kamerad Apfel (NPD/NBD). Nur ein Wochenende vorher wurde auch der Kamerad Menzel (NPD/NBD) vom Rückweg einer Demonstration angegriffen. Doch nicht nur in Dresden kommt und kam es zu Übergriffen. In Pirna (Sächsische Schweiz) wurde ein Teilnehmer einer Spontandemonstration freier Kräfte von Antifaschisten durch einen Steinwurf an den Kopf so schwer verletzt, dass dieser im Krankenhaus behandelt werden musste.

Allein diese Vorfälle zeigen deutlich, dass antifaschistische Gewalt nicht nur eine hohle Phrase ist, sondern durchaus auch gewollt praktiziert wird. Verletzungen und auch der Tod der Angegriffenen wird und werden dabei von den ausführenden linken Gewalttätern bewusst in Kauf genommen. Worauf basiert nun dieser Hass gegen nationale Bürger und Aktivisten? Zuvorderst kann da das positive Abschneiden der NPD und des NBD bei den Kommunalwahlen und den Landtagswahlen 2004 genannt werden. Auch die personelle Steigerung und der Ausbau der informellen sowie politischen Strukturen wird auf Seiten der Antifaschisten als Bedrohung gewertet. Ein angemessenes Reagieren auf politische Erfolge von "Rechts" kann man von "Links" nicht erwarten. Ebensowenig kann, so wie einige Zeitgenossen heute noch hoffen, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit diesem politischen Gegner geführt werden. Dazu sind die Ideologien Links und Rechts von der Mitte zu verschieden.

Aus diesen genannten Gründen und angesichts der gewalttätigen Vorfälle der letzten Monate, wird es Zeit für die freien und parteigebundenen Kräfte von Sachsen angemessen zu reagieren. Die "Freien Kräfte Sachsen", ein überpolitischer Gedankenkreis, welcher sich aus Aktivisten aus allen Ecken Sachsens zusammensetzt, ruft deshalb am 19.3.2005 zu einer Demonstration in Dresden auf, bei welcher sich inhaltlich mit dem Thema "Gewalt von Links" auseinandergesetzt werden soll.

Die Freien Kräfte Sachsen, sowie alle

Unterstützer des Gedankenkreises, rufen alle Nationalisten, auch über Sachsen hinaus, auf, sich aktiv an der Demonstration zu beteiligen. Die Route der Demonstration führt uns durch die Dresdner Neustadt, einem Viertel, was im Allgemeinen als Hochburg von Linksextremisten angesehen wird. Es ist wichtig ein Zeichen zu setzen und wo könnte man das am besten, als im Herzen des Stadtviertels, wo die meisten antifaschistischen Gewalttaten geplant werden?!

Deshalb am 19.03.2005 nach Dresden! Treffpunkt ist um 14 Uhr auf dem Bahnhof Dresden/Neustadt

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=297

„Fundamental-opposition"

Von: J. Schwab – 05.02.2005

Holger Apfel ist nun ein umso vielbeschäftigter Mann. Seit der für die NPD erfolgreichen sächsischen Landtagswahl muß der uneigennützige Parteifunktionär nun neben den wenigen Posten, die er zuvor schon ausfüllte (DS-Verlagsleiter, DS-Chefredakteur, stellvertretender Parteivorsitzender und Fraktionschef im Dresdner Stadtrat) auch noch das Amt des Fraktionsvorsitzenden im Landtag übernehmen. Wie man hört, greift Apfel jetzt auch nach dem sächsischen Landesvorsitz, um alle Fäden, die ihn umgeben, auch wirklich ziehen zu können.

Ämterhäufung als Merkmal der Oligarchie

Der Vorwurf der Ämterhäufung liegt hier förmlich in der Luft. Wer jedoch solche Vorwürfe erhebt, kann sicher sein, daß er auf absehbare Zeit in der Partei überhaupt keine Rolle mehr spielen wird. Ganz zu schweigen davon, daß er im privaten Mitteilungsblatt Apfels, der DS, kein Forum mehr finden wird. Dies alles liegt im ehernen Gesetz der Oligarchie (Robert Michels) begründet. Darüber sollte man sich keine Illusionen machen.

Auch sonst nähert sich der früher einmal eher unbedarft wirkende und jetzt umso mehr an Angela Merkel erinnernde NPD-Mann dem Leitbild eines richtigen Politikers an. Dies liegt nicht nur an Anzug und Krawatte. Letztere konnte sich Apfel schon vor dem Landtagseinzug binden. Auch sonst versteht der Fraktionsvorsitzende sein Handwerk wirklich gut: viel reden, ohne wirklich Nennenswertes zu sagen. In einer Pressekonferenz sprach er davon, daß die Fraktion bisher gezeigt habe, daß sie "Fundamentalopposition und Sacharbeit" gut zu verbinden verstehe.

Die Fraktionsarbeit erweckt nach über 100 Tagen tatsächliche den Eindruck großer Professionalität. Der inszenierte Eklat um den Gedenktag des Dresdner Bombeninfernos von 1945 (Holger Apfel: "industrielle Tötung"; Jürgen W. Gansel: "Bomben-Holocaust") kann als gelungene Aktion mit großer Außenwirkung bewertet werden. Das könnte für die bevorstehende Landtagswahl in Schleswig-Holstein Rückenwind bedeuten.

"Fundamentalopposition" als Attrappe ...

Nicht zu vergessen ist allerdings, daß die professionelle Außenwirkung vor allem auf die kompetenten Männer in der zweiten Reihe der Dresdner Landtagsfraktion zurückgeht. In diesem Zusammenhang ist vor allem die Wirtschaftskompetenz des Fraktionsassistenten Arne Schimmer hervorzuheben. Wo allerdings in diesem Fraktionsgefüge Apfels Kompetenz wirklich liegt, ist schon schwerer zu erraten. Die dürfte vor allem in der Bündelung und Repräsentation der Kompentenzen anderer zu finden sein. Schließlich zeichnet Strippenziehen, Intrigantentum und Großsprechertum einen jeden professionellen Politiker im Gefüge des parlamentarischen Systems aus. Apfel bildet da keine Ausnahme.

Noch einer, der zweifellos über Fachkompetenz verfügt, ist Andreas Molau, der seit geraumer Zeit die DS redaktionell betreut. Daß Holger Apfel ausgerechnet ihn für diese Aufgabe bestellt hat, ist kein Zufall, denn neben der niedersächsischen Stammesgenossenschaft ist es vor allem die (un-) politische Ausrichtung, die beide verbindet. Egal, was da kommen mag: Apfel kann sicher sein, daß Molau die DS in altbewährter Manier fortführt.

In der Januar-Ausgabe stellt sich Molau in seinem Leitartikel den Lesern als "Systemoppositioneller" und "Nationalist" vor. Er steht aber als Fachmann für Kultur und Zeitgeist mit dem Begriff des Politischen seit eh und je auf Kriegsfuß. Unter Pseudonym bekannte er sich vor Jahren dazu, daß für ihn "Staat" und "Reich" keine wichtigen Themen sind. Denn das Volk ist für Naturalisten ein Produkt der Natur und als solches in seiner Urwüchsigkeit &#65533; ohne viel Geist und Organisation &#65533; zu erhalten. Daß es für die Nachkriegsdeutschen nichts Schädlicheres gibt, als die gedankliche Trennung von Volk und Staat, ist für den stellvertretenden Chefredakteur nicht das Problem.

Zweifellos ist Molau patriotischer Bildungsbürger und beherrscht das Zeitungsmachen wie nur wenige im nationalen Lager. Als politischer Autor hat er aber bisher kaum etwas geleistet. Politisches Denken (Theorie) das weiß er selbst ist nicht sein Steckenpferd. Der Staat als Kopfgeburt, als geistiges Artefakt europäischer Nationen (Machiavelli, Hobbes, Bodin, Hegel) gilt dem unpolitisch daher kommenden deutschen Romantiker immer schon als kalt und gefühllos. Denn was der Einzelne selbst gedanklich nicht erfassen kann, ist für das Leben der Gemeinschaft an sich überflüssig. Entgegengesetztes lesen wir beim nationalen Politikwissenschaftler Bernard Willms: "Die Politische Philosophie beginnt beim Einzelnen und endet beim Staat." Demzufolge wäre unpolitisch, wer den Staat aus der Politik auszublenden versucht. Ob sich Molau jemals mit der Staatsphilosophie Willms befaßt hat?

Parteipolitischer "Systemwechsel" ...

Für manch einen neu-sächsischen NPD-Akteur ist solche Belehrung ohnehin Geschwätz. Und so definiert man seine Begriffe eben selbst. Begriffsgeschichte und philosophische Überlieferung wen interessiert das schon, wenn es um "Realpolitik" geht. So ist für Molau "Systempolitik" allemal "abwählbar". Abwählen kann der Wahlbürger in der BRD freilich nicht das politische System an sich, sondern nur bescheidene Anteile der Systempolitiker, die alleine Molau als "System" (miß-) versteht.

Was kaum einem DS-Leser auffallen dürfte: Die NPD-"Realpolitiker" verstehen in ihrer manipulierenden Neudefinition "politisches System" lediglich als Summe von "Systempolitikern" und "Systemparteien", also diejenigen, die derzeit alles tun, die NPD-"Realpolitiker" von den noch größeren Futtertrögen fernzuhalten. Daran schuld sind selbstverständlich die Linken und die Ausländer, vor allem türkische Männer, die ihre Töchter zwangsverheiraten. Daß jedoch "System" in der politischen Wissenschaft und Staatsrechtslehre ein politisches "Ganzes" ist wie in anderen Lebensbereichen auch (Biologie, Physik, etc.), weshalb in der politischen Sphäre "System" für das Staats- und Regierungssystem (der BRD) steht, ist für Molau völlig unwichtig.

Dem stellvertretenden Chefredakteur geht es darum, die DS-Leser in der Lebenslüge der verfassungstreuen Rechten (ohne Verfassung!) gefangen zu halten, die "Systemparteien" seien eigentlich nur "unfähig" und somit durch "fähigere" NPD-Politiker zu ersetzen. Ob aber der Bürger NPD-Politikern wie Holger Apfel mehr Fähigkeit zutraut, ein bundesrepublikanisches Regierungsamt auszufüllen als etwa Gerhard Schröder und Edmund Stoiber dürfte mehr als ungewiß gelten.

Daß Schröder möglicherweise bei der Lösung zentraler Probleme (Arbeitslosigkeit, Ausländerproblem) systembedingt die Hände gebunden sind (wie jedem anderen an seiner Stelle auch), auf diesen Gedanken möchte Molau selbstverständlich seine Leser nicht lenken denn das würde Rückschlüsse auf die "Realpolitik" von NPD-"Realpolitikern" ermöglichen. Und dies liegt selbstverständlich nicht im oligarchischen Interesse!

Die sogenannte "parlamentarische Demokratie" der BRD, die in Wirklichkeit die alliierte Gründung einer Oligarchie auf deutschem Boden ist, gilt Molau nun in der Tat als "Demokratie". Den "Systempolitikern" wirft er folgerichtig die "Abschaffung der Demokratie" vor, so als ob es in Deutschland seit 1945 jemals eine Demokratie (Volksherrschaft) gegeben hätte.

Die BRD als "Demokratie" ...

Wer in der realexistierenden BRD wirkliche Fundamentalopposition erleben möchte, sollte anstatt zur DS zu greifen wohl besser die Vorlesungen von Hans Herbert von Arnim besuchen, der auch immer wieder in seinen Büchern feststellt, daß das Grundübel der BRD-"Demokratie" gerade darin besteht, daß sie keine ist! Von Arnim verdeutlicht gerade in seinem letzten Buch "Das System", daß das politische System eine Frage von Institutionen ist. Gemessen an Molau ist das schon sehr revolutionär. Beide Positionen sind jedenfalls miteinander nicht vereinbar.

Molaus Begriffsverwirrung stellt keine Ausnahme in den Reihen der sächsischen NPD dar: Denn sein Chef Holger Apfel bezeichnet in einem DS-Interview die BRD gar als "unsere Demokratie", was heißen soll: Die BRD ist für Apfel nicht nur ein leibhaftiges volksherrschaftliches System, sie ist für ihn auch noch im Jahr 1949 von "unseren" Eltern und Großeltern in einem souveränen Akt (Volkssouveränität!) gegründet worden. Wäre Molau irakischer Staatsbürger und würde solche Sprüche klopfen, wäre seine Lebenserwartung wohl äußerst begrenzt.

Die "Fundamentalopposition" scheint in der DS immerhin in der Traditionspflege von Wehrmacht und Waffen-SS zu bestehen. Das ist das Zugeständnis, das Rechtspopulisten ahnungslosen Neonationalsozialisten zu machen haben. Das ist das Holz, aus dem sich verfassungstreuer Patriotismus schnitzen läßt, der sich begrifflich zwar im Niemandsland befindet, sich dafür aber mit der populistischen Leerformel einer "Fundamentalopposition" bemäntelt.

Den Nostalgiefreaks dürfte es wohl kaum auffallen. Der != Neonazismus gehört zur != verfassungstreuen Rechten hinzu. Schließlich ist die bürgerliche FPÖ auch eine maßgeblich von Nationalsozialisten gegründete und sogar mit alliierter Lizenz bevorzugte != nationale Partei.

Rolf Schlierer und Jörg Haider das mag man den beiden immerhin zugestehen stehen durchaus für eine seriöse Position innerhalb der Rechten, da sie auf substanzloses Imponiergehabe und leeres Wortgeklingel ("Fundamentalopposition", "Systemopposition") verzichten. Sie sind im Grunde genommen nicht mehr systemstabilisierend, und reformerisch als Apfel und Molau, nur daß letztere aufgrund von oligarchischen Interessen auf ihren neonationalsozialistischen Anhang Rücksicht nehmen müssen so lange sie ihn benötigen.

Dieses brdnationalsozialistische Spektrum, das systemimmanente Provokation ("Sozialismus ist braun") mit Radikalismus verwechselt, freut sich allemal über starke Sprüche, auch wenn sie inhaltsleer sind. Das freilich werden die NS-Anhänger erst bemerken, wenn Apfel und Molau die NPD in eine bundesrepublikanische FPÖ verwandelt haben.

Natürlich könnte jedes etablierte Politikwörterbuch den Überzeugungsignoranten Apfel und Molau Auskunft darüber erteilen, was ein "politisches System" wirklich ist: nämlich das Staats-, Regierungs- und Gesellschaftssystem als Ganzes mit samt seinen Institutionen. "System" wird von allen akademischen Fachleuten, völlig frei von Ideologie von links bis rechts, übereinstimmend so definiert. Aber die "Nationalisten" leben ja in ihrer eigenen Welt: im rechten Ghetto, das sich selbsttäuschend "Realpolitik" zumißt.

Politik für Menschen ...

Bei "Demokratie" hingegen gehen die Meinungen auseinander. Hierzulande versteht man darunter in etwa das, was George W. Bush unter "Freiheit, Demokratie und Menschenrechte" propagiert. Und Molau schreibt von den "Menschen", die "genug" von einer "Politik" hätten, "die Menschen ihrer eigenen Heimat entfremdet". Denn "möglich wäre auch, daß die Menschen in Deutschland sich ihrer Mündigkeit bewußt werden und einfach eine andere Politik wollen."

Bei so viel phrasendreschender Menschentümelei, die konsequent zur unpolitischen Bewußtlosigkeit von Opposition führt, stellt sich schon die Frage nach dem "Nationalismus", für den Molau steht. Im Lexikon "Geschichtliche Grundbegriffe" (Brunner, Conze, Koselleck), das in jeder geisteswissenschaftlichen Bibliothek einzusehen ist, steht "Nationalismus" für die politische Idee und Bewegung, die sich zum Ziel den souveränen Nationalstaat gesetzt hat. Dieser deutsche Nationalstaat ist aber für Apfel und Molau die BRD, deren scheinbares Übermaß an Souveränitätsrechten jetzt in Richtung Brüssel verschwindet.

Deshalb soll der bundesrepublikanische Mensch NPD-Politiker wählen, damit die BRD weiterhin "souverän", das soll heißen: menschlich bleibt. Anstatt zu sagen, daß sei gut so, daß die BRD bald das Zeitliche segnet und dem neuen Versailles (EU) durch Überdehnung der Garaus gemacht wird, möchten die grundgesetztreuen "Nationalisten" BRD und EU vor dem Untergang retten.

Darauf deutet auch die Kampagne hin, mit der offenbar NPD und DVU die EU vor dem Beitritt der Türkei retten möchten. Udo Voigt, der immerhin laut eines JF-Interviews die BRD "abwickeln" möchte und sogar selbst am Konzept eines "Europäischen Bundes" (NPD-Europaprogramm 2004) mitgearbeitet hat, scheint irgendwie mit seinem unreflektiert wirkenden nationalrevolutionären Anspruch in der gegenwärtigen NPD auf verlorenem Posten zu stehen.

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=291

8. Mai: Schröder gegen NPD Demo

Von: Störtebeker – 05.02.2005

Für eine Großdemo der etablierten Parteien am 8. Mai vor dem Brandenburger Tor sprach sich Bundeskanzler Schröder gestern aus. Einem Bericht der BILD-Zeitung zufolge forderte er gestern dazu auf, den Druck auf Rechtsextreme zu erhöhen und mit einer großen Demonstration am 8. Mai ein Zeichen gegen die an diesem Tag geplante NPD-Demonstration zu setzen. Sein Regierungssprecher Béla Anda ließ gestern außerdem wissen, daß der Kanzler „einen kraftvollen Beweis der Aufrechten und Anständigen" verlange. So solle dafür gesorgt werden, daß die Bevölkerung an dieser „sichtbaren Gegendemonstration gegen rechte Kräfte in unserem Land" teilnehmen soll. Eine weise Forderung. Bislang war es bei Gegendemonstrationen nämlich kaum zu übersehen, daß es sich bei den Gegendemonstranten in der Regel um direkte Anhänger des etablierten Parteiensystems sowie mehr oder minder kriminelle Linksextremisten handelte, die Parteien wie der SPD, der PDS und den Grünen als „Knüppelgarde" gegen politisch Andersdenkende dienen.

Es ist anzunehmen, daß es sich am 8. Mai in diesem Jahr nicht viel anders verhalten wird. Schröder ließ über seinen Regierungssprecher außerdem wissen, daß er es nicht für ausreichend halte, wenn sich am 8. Mai die SPD allein am Brandenburger Tor einfinde. So forderte er dazu auf, die Veranstaltung von allen Bundestagsfraktionen planen zu lassen.

Wie es inzwischen außerdem heißt, hat die NPD am vergangenen Donnerstag zusätzlich noch einen Demo-Termin für den 7. Mai eingereicht, um gegebenenfalls auf diesen Tag als Ausweichtermin zurückgreifen zu können.

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=292

JN- Aktivist angegriffen

Von: JN Schaumburg – 04.02.2005

Zum wiederholten Mal wurde ein Aktivist der JN von Personen, die dem linken Spektrum zuzuordnen sind, in Stadthagen angegriffen. Bei ihren Übergriffen scheinen die ausführenden

Kräfte selbst nicht mehr die Öffentlichkeit zu scheuen, da sie Messerangriffe nun schon unbehelligt bei Tageslicht meinen durchführen zu können.

Drei Personen folgten dem Nationalisten durch die Innenstadt, als deren irrsinnige Pöbeleien nach „Antifa-Manier" jedoch ignoriert wurden, versuchten sie den Nationalisten in Handgreiflichkeiten zu verwickeln. Zwei der Personen waren weiblichen Geschlechts, diese meinten jeglichen Handlungsspielraum nach Herzenslust ausnutzen zu können.

Jegliche Form der Gewaltanwendung war somit einseitig, Deeskalationsversuche wurden als sog. „Freibrief" aufgefasst, so kam es, dass die Personen dem Kameraden in die nahegelegene Volksbank folgten. Dort versuchte man ihm die Tasche zu entreißen, dies misslang jedoch.

Als der Kamerad mitbekam, dass die hinter ihm stehende männliche Person ein Messer gezogen hatte, wurde der Angriff von dem Geschädigten abgewehrt. Während einer Rangelei auf dem Boden des Eingangsbereiches zeigte ein Mitarbeiter der Volksbank sog. „Zivilcourage", in dem er die Angreifer aufforderte Übergriffe zu unterlassen.

Nachdem der Nationalist die Volksbank verließ verschwanden die Angreifer vorerst, jedoch tauchten sie an einem nahegelegenen Kaufhaus wieder auf, nach dem sie einen weiteren Schläger zur Hilfe gerufen hatten. Erneut wurde wieder versucht eine handfeste Offensive gegen den Kameraden herzustellen.

Als weitere Kameraden zum Ort des Geschehens kamen, wollten die Angreifer die Polizei alarmieren, da man sich wie üblich als Opfer versuchte darzustellen. Der Staatsschutz fragte den Nationalisten nach einer angeblichen Kamera, die er haben solle. Da der Nationalist jedoch keine Kamera bei sich hatte, teilte er den Beamten mit, bei ihm keine Kamera zu finden sei, man jedoch den Angreifer einmal fragen solle, ob er ein Messer dabei habe.

Der Angreifer, welcher den Beamten mitteilte, dass er ein Messer dabei habe erdreistete sich zu behaupten er habe überreagiert und das es ihm leid tue und dass man die Sache einfach vergessen solle, da er ja nichts mit Politik zu tun habe.

Zusammenfassend lässt sich jedoch festhalten, dass die VIDEOAUFZEICHNUNGEN, welche den Ablauf des Übergriffes bestens dokumentieren vorhanden sind. Offen bleiben jedoch die Fragen, warum das MESSER NICHT SICHERGESTELLT wurde und der ANGREIFER NICHT vorläufig FESTGENOMMEN wurde.

Strafanträge werden gestellt, mit einer Entschuldigung, welche als sog. „Lippenbekenntnis" aufgefasst wird, ist es definitiv nicht getan!

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=289

Humankapital in Pisa-Land

Von: Deutsches Kolleg– 03.02.2005

Als Anfang dieses Jahres ein Philologen-Gremium den Ausdruck „Humankapital" zum „Unwort des Jahres 2004" erklärte, war die Schadenfreude bei allen Nicht-Ökonomen groß: Endlich ein Frontalangriff auf die Vorherrschaft der kapitalistischen Kategorien im öffentlichen Diskurs und endlich eine soziale Herabsetzung ihrer Verkünder, der Ökonomen. Bei denen stellte die FAZ vom 20.1.05 einen „Sturm der Entrüstung" fest und bot zehn Lehrstuhlbesitzern das Empörungsforum. Deren Äußerungen illustrierten jedoch ungewollt die Richtigkeit des Marxschen Urteils über die akademischen Vulgärökonomen, die nur die Redensarten der praktischen Kapitalagenten pedantisieren, aber nicht den Begriff der Sache fassen und entfalten würden.

Ein Ordinarius schimpfte, die Unwortwahl sei „Pisa im Quadrat" und das verunglimpfte Wort nur „Fachwort für Bildung und Ausbildung". Diese Formel war der gemeinsame Nenner aller zehn Stellungnahmen. Professor Neumann (Bonn) immerhin gestand ein, seine Zunft verwende „eine Menge häßlicher Ausdrücke, man denke nur an ‚natürliche Arbeitslosigkeit'", ohne daß ihm auffiel, daß Arbeitslosigkeit nicht natürlich, sondern gesellschaftlich bestimmt und der objektive Geist des kapitalistischen Systems ist. Professor Kleinhenz (Passau) verbietet noch ausdrücklich die „Bahnen marxistischer Kapitalismuskritik", die er hinter der Unwortwahl vermutet; gegen deren „Gutmenschengehabe" wettert Walter Krämer (Dortmund) wie alle neurechten Intellektuellen. Der Volkswirt Wolfgang Franz (Mannheim) erwähnt als einziger das Sachkapital und führt über die beiden elementaren Kapitalkategorien aus: „Ebenso wie in Sachkapital muß man in Humankapital investieren, also lernen, um sich es anzueignen, und leider unterliegt Humankapital auch einer Abschreibung, weil es auf Grund des technischen Fortschritts veraltet. Die Analogie ist natürlich nicht perfekt, es gibt beträchtliche Unterschiede zwischen Humankapital und anderen Kapitalgütern: Humankapital ist untrennbar mit dem Menschen verbunden."

Human- und Sachkapital sind dasselbe wie variables und konstantes Kapital bei Karl Marx. Beide sind zunächst Teile der Gesamtgeldmenge,

- die Arbeitskräfte und Produktionsmittel kaufen, die in Produktionsprozessen vernutzt werden,
- die in fertigen Waren oder Dienstleistungen wiedererscheinen,
- die am Markt in einer größeren Geldmenge zu realisieren sind,

und so fort ins Unendliche.

Ständig muß ein Geldzuwachs, der den berühmten Mehrwert verkörpert, aus diesem Gesamtprozeß ausgeschwitzt werden, damit man von einem Kapital reden kann, denn Kapital ist nicht in „Kapitalgütern" vorhanden, sondern nur in diesem beständigen Kreislauf gegenwärtig.

Deshalb ist es Unsinn, die irgendwie qualifizierte menschliche Arbeitskraft (ein Wort, das vollständig zu vermeiden unseren Kapital-Ideologen doch tatsächlich gelingt) Humankapital zu nennen. Auch die Herstellung von Arbeitskraft in Erziehungs-, Bildungs- und Ausbildungsprozessen ist beileibe keine „Investition in das Humankapital", sondern die Erzeugung des pädagogischen Gutes, eben der Arbeitskraft, und die ist, wie das Leben insgesamt, bekanntlich ein Selbstzweck. Und einer sogenannten Abschreibung von Humankapital unterliegt die menschliche Arbeitskraft erst recht nicht, weil sie das durch Fortpflanzung verewigbare höchste Gut mit vielgestaltigen und vermehrbaren Qualitäten ist, aber eben kein Kapital. Denn, das hat nur eine einzige Qualität: den immergleichen eindimensionalen Wert, der sich nur quantitativ unterscheiden kann und letztlich in Gelddifferenzen ausgedrückt werden muß.

Niemand kann „in Humankapital investieren", auch nicht in Sachkapital. Nur Kapital (der ewige Kreislauf von Geld zu mehr Geld) kann angelegt werden: in materielle, ideelle und pädagogische Produktionen. Diese Sphären menschlicher Produktionen kann sich das Kapital formell und reell subsumieren, – aber ohne von diesem ganzen Reichtum der Menschenwelt am Ende etwas anderes zu haben als ein bloßes Mehr ihrer einen armseligen Wertdimension.

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=288

Denken an Ernst Zündel

Von: PHI Presse – 03.02.2005

Am 5. Februar jährt sich zum 2.Mal die polizeilich-geheimdienstliche Entführung des international bekannten Graphikers und Publizisten Ernst Zündel in den Vereinigten Staaten von Amerika. Bis heute sitzt er - ohne bislang überhaupt angeklagt worden zu sein - unter unmenschlichen Bedingungen in einem kanadischen Gefängnis in Untersuchungshaft. Seine Ehefrau, Dr. Ingrid Rimland-Zündel, spricht inzwischen davon, daß ihrem Gatten offensichtlich das Schicksal aufgelegt ist, ein Mann zu sein, der Mut zu hat, eine

Meinung zu vertreten, die gewissen Mächtigen nicht paßt und die ihn deshalb möglichst lange wegschließen und vielleicht auch seinen Willen brechen wollen.

Offiziell wird Zündel eine Gefährdung des Staates Kanada vorgeworfen. Die USA schoben ihn wegen Nicht-Beachtung der Einbürgerungsvorschriften ab. Es ereignete sich die unglaublich und unlogische Tatsache, daß der Staat Kanada die Verhaftung Zündels in den USA veranlaßte und also den Mann, der Kanada angeblich gefährden soll, wieder nach Kanada hineinholt. Durch welche Handlung Zündel den Staat Kanada gefährdet haben soll, wurde ihm bisher nicht mitgeteilt. Weshalb die USA Herrn Zündel auf Wunsch Kanadas nach Kanada auslieferte, ist ebenso rätselhaft. Wir haben in unserer Redaktion die Artikel, Rundschreiben und Broschüren des Autors Zündel nie erhalten. Sicher deshalb, weil wir ein Pressedienst sind, der nur von aktuelle Fragen berichtet, die geschichtlichen Themen aber den Kollegen überläßt, die sich mit historischen Fragen befassen. Herr Zündel wurde uns durch Meldungen bekannt, in denen von seiner Behinderung in seiner Presse- und Meinungsfreiheit berichtet wurde. In diesem Zusammenhang haben wir seit 1995 insgesamt 17x über Herrn Zündel berichtet.

Unwichtig ist, was Zündel auch immer schrieb. Er ist ein Märtyrer für die Presse- und Meinungsfreiheit. Und, was immer auch für formale Gründe und Ausreden für seine Verhaftung vorgeschoben werden, tatsächlich sitzt er wegen dem was er in seinen Aufsätzen, Flugblättern und Broschüren geschrieben hat. Dieses wiederum kann so falsch nicht gewesen sein, denn, wenn man seine Aufsätze widerlegen könnte, müßten weder in Kanada noch in den USA andere Gründe für die Verhaftung vorgeschoben werden. Wer 2 Jahre im Gefängnis sitzt, fühlt sich sehr einsam. Nutzen Sie verehrter Leser der PHI den 2.Jahrestag seiner Inhaftierung. Schreiben Sie an Herrn Zündel und lassen Sie ihn fühlen, daß sie seinen Einsatz zu würdigen wissen.

Seine Anschrift:
Ernst Zündel
Toronto-West-Detencion Center
111; Disco-Road, Box 4950
Rexdale,On. - M9W 1M3
Canada

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=287

Nationalscham als Leitkultur

Von: Nation & Europa– 03.02.2005

In der jüngsten Bundestagsdebatte zur Einwanderung erläuterte der CDU-Abgeordnete Eckart von Klaeden den Begriff der deutschen "Leitkultur". Wörtlich: "Für uns gehören zur freiheitlich-demokratischen Leitkultur in Deutschland auch das geschichtliche Erbe und die Verantwortung aus der Geschichte, zum Beispiel die besondere Verantwortung unseres Landes gegenüber Israel, obwohl davon kein Wort im Grundgesetz steht... Ich finde, daß jeder, der nach Deutschland kommt und die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben will, diese besondere Verantwortung akzeptieren muß. Wer das nicht will, der, finde ich, gehört auch nicht in dieses Land."

Der in Niedersachsen beheimatete Klaeden ist kein Hinterbänkler, der hin und wieder mit Unfug auf sich aufmerksam machen muß, sondern Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion - und daneben Mitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Leider ging er bei seiner Wortmeldung im Parlament nicht auf die Frage ein, was mit (Volkstums-) Deutschen geschehen soll, die gegenüber Israel ebenfalls keine besondere Verantwortung empfinden. Ausbürgern? Als "Unbelehrbare" an Israel überstellen?

"Patriot" ist, wer sich schuldig fühlt

Nach Klaeden trat sein bayerischer Kollege Norbert Geis an das Rednerpult. Die Ausführungen des CSU-Mannes, der dem "rechtskonservativen" Unionsflügel zugerechnet wird, verdienen ebenfalls, im Wortlaut zitiert zu werden:

"Hier ist vom Eid auf die Verfassung und von Verfassungspatriotismus gesprochen worden. Ich will nicht sagen, daß das verkehrt ist. Aber es reicht nicht. Zur Annahme der Verfassung gehört auch, die Geschichte zu akzeptieren. Herr von Klaeden hat dies vorhin in einem sehr guten Wortbeitrag gesagt. Wenn wir es mit der Integration ernst meinen, dann müssen wir von den bei uns lebenden Muslimen verlangen, daß sie die Verantwortung für unsere Geschichte mittragen. Es kann nicht sein, daß in einem Volk eine Gruppe Verantwortung trägt und die andere Gruppe nicht. Auch die Zugewanderten müssen die Verantwortung für unsere Geschichte, sowohl für den guten als auch für den schrecklichen Teil, mittragen. Das ist mehr als der Eid auf die Verfassung und mehr als Verfassungspatriotismus. Das ist echter Patriotismus."

Das Bundestagsprotokoll verzeichnet an dieser Stelle: "Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP." Man darf also davon ausgehen, daß Geis nicht nur für sich selber gesprochen hat.

Deutsche in Spanien: Für Cortez und Pizarro büßen?

Halten wir fest: Nicht die Ausbreitung des Islams in Deutschland stört die sich christlich nennende Union. Sie fürchtet vielmehr Abschwächungen der deutschen Selbstanklage, weil sich einwandernde Ausländer nicht ohne weiteres mit Auschwitz identifizieren. Warum auch sollten sie? Eine Leitkultur des Schämens, von Geis "Patriotismus" genannt, bedarf völkisch-nationaler Kontinuität, einer Ableitung vom Tun oder Lassen der Väter und Großväter.

Zuwanderer haben ihr eigenes Identitätspäckchen zu tragen, Türken beispielsweise die Tatsache, daß in ihrem Land die Armenier ausgerottet wurden. Kein Deutscher - auch keiner, der nach Antalya oder Bodrum umzieht - wird jene historische Last mit den Türken teilen wollen oder sich gar in der Tradition Osmans wähnen. Auch hat noch kein Deutscher, der seinen Wohnsitz nach Mallorca oder Teneriffa verlegt, die Verpflichtung empfunden, für die Verbrechen spanischer Konquistadoren zu sühnen (bei der Judenverfolgung könnten sich Deutsche und Spanier schon eher die historische Hand reichen).

Nicht nur Türken, auch Juden aus der ehemaligen Sowjetunion drängt es mit Macht nach Deutschland. Um hier Verantwortung für Auschwitz zu übernehmen? Könnte es sein, daß die Union mit ihren geschichtlichen Haftungsansprüchen die Einwanderer etwas überfordert?

Meinungsfreiheit - kein Grundrecht?

Dazu gleich noch eine weitere Frage: Der von CDU/CSU angeregte Zuwanderer-Eid auf die Verfassung - wo soll er abgelegt werden? Folgt man den Ausführungen von Geis und Klaeden, könnte man sich eine Zeremonie auf dem Appellplatz von Dachau oder Buchenwald vorstellen. Leidkultur statt Leitkultur. Das Lied der Moorsoldaten als Einwanderungshymne.

In gleiche Kerbe schlug auch die hessische CDU-Abgeordnete Kristina Köhler. Die 26jährige Diplom-Soziologin stört an den Zuwanderung vor allem, daß auch Menschen kommen, die an der Richtigkeit deutscher Selbstbezichtigungen zweifeln und sich dabei auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit berufen. Im Bundestag klagte Köhler wörtlich:

"Ich habe gestern am Bahnhof Zoo die türkischsprachige Zeitung ‚Vakit' gekauft. Hier habe ich sie liegen. Nach Angaben ihres Verlages in Mörfelden-Walldorf im Kreis Groß-Gerau erscheint diese Zeitung in einer Auflage von 10 000 Exemplaren. Allein in der gestrigen Ausgabe finden sich einige verabscheuungswürdige Aussagen. Ich zitiere nur drei Sätze aus einer beglaubigten Übersetzung dieser Ausgabe: ‚Die Wahrheit ist: Es gab keinen Holocaust. Auch die sogenannten Gaskammern sind eine Lüge. Das ist alles nichts anderes als zionistische Musik.' Ich habe lange überlegt, ob ich diese Aussagen hier wörtlich vortragen soll, aber ich tue es, weil ich will, daß wir aufwachen."

Köhler ("Deutschland, erwache!") fordert ein Verbot der Zeitung - was nach

deutschem Recht schwerlich möglich ist -, und die Staatsanwaltschaft leitete flugs ein Ermittlungsverfahren ein. Bislang hatten deutsche Politiker umgekehrt darauf gepocht, daß in der Türkei endlich die Meinungsfreiheit durchgesetzt werden müsse. Dort steht die Geschichtsschreibung nämlich ebenfalls unter Strafrechtsdiktat - allerdings in anderer Richtung: Türken, die ihr eigenes Volk des Genozids an den Armeniern bezichtigen, kommen vor Gericht.

Schuldgastarbeiter herzlich willkommen

Beide Modelle, das türkische wie das deutsche, sind nicht unähnlich: Sie halten es dort wie hier für "volksverhetzend", wenn zur Geschichte eine Meinung geäußert wird, die nicht der offiziell verordneten entspricht. Dabei kommt es auf wahr oder unwahr nicht an. Denn es gibt keine geschichtlichen Vorgänge, die von jedermann und überall auf der Welt gleich beurteilt werden. Was die einen für unbestreitbar halten, erscheint den anderen als fragwürdig oder sogar als nachweisliches Trugbild. Von diesen Differenzen lebt die geschichtswissenschaftliche Diskussion. Dabei ist von allen Seiten Toleranz gefordert - was übrigens auch die CDU-Abgeordnete Köhler in ihrer Rede mit dem Ruf erhärtete: "Keine Toleranz der Intoleranz!"

Sie hat es allerdings nicht so gemeint. Wer intolerant darauf beharrt, daß die Deutschen eine "besondere Verantwortung für Israel" haben und daß jede davon abweichende Meinung verboten werden muß, der soll hierzulande herzlich willkommen sein - als eine Art Schuldgastarbeiter mit Einbürgerungsanspruch. Wer dagegen die Deutschen (mit falschen oder richtigen Argumenten) zu entlasten versucht, soll bleiben, wo der Pfeffer wächst. Die deutsche Schuldgemeinschaft legt Wert auf ihre "singuläre" Spitzenreiterschaft im Völkermorden und will sich nicht überfremden lassen - von Israel-Kritikern und ausländischen Revisionisten. Wenigstens so viel Abwehrkraft ist erlaubt.

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=285

Demokratie auf Abruf

Von: Junge Freiheit – 03.02.2005

Die Beschneidung von Freiheitsrechten dient nur dem Machterhalt der Herrschenden. Die erste Großkampfwoche des Gedenkens liegt hinter uns. Die politische Vernunft stand unter Vollnarkose, und diese gebar Ungeheuer. Vielleicht werden sie sich bald wieder verflüchtigt haben, doch virtuell bleiben sie als Drohung im Raum. Die etablierten Parteien wälzten Pläne zur Einschränkung des Demonstrations- und Versammlungsrechts und der Redefreiheit im Parlament. Dann schalt ein Ex-Verfassungsschutzpräsident das Bundesverfassungsgericht (BVG), es sei mit der Zurückweisung des Verbotsantrags gegen die NPD seiner politischen Verantwortung nicht nachgekommen.

Ein Historiker nutzte eine Gedenkveranstaltung des Bundestags, um unter dem Applaus der Abgeordneten (Ausnahme: Otto Schily) zu fordern, das Gericht solle im Kampf gegen rechte Verfassungsfeinde „die Samthandschuhe ausziehen". Der BVG-Präsident, anstatt die obszöne Sprache und die Anmaßung durch souveränes Schweigen zurückzuweisen, verbreitete via Interview, man könne das Verbotsverfahren ja wiederholen. Und statt die weltweit einmalige staatliche Parteienfinanzierung abzuschaffen, will CDU-Ministerpräsident Peter Müller dafür sorgen, daß nur noch die Etablierten in ihren Genuß kommen.

Nur die Sorge um Demokratie und Rechtstaatlichkeit treibe sie um, beteuern CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne und, ach ja, die PDS mit frommem Augenaufschlag. Denken sie nicht wenigstens ein kleines bißchen auch an sich selber? Bei der CDU liegt das auf der Hand. Die Sachsen-Union galt unter Kurt Biedenkopf als Ost-Pendant zur CSU, doch dieser Traum ist seit dem NPD-Erfolg perdu. Die Wahl in Schleswig-Holstein ist wohl vergeigt, auch die in NRW. Die Bundestagswahl 2006 kann die Union so desolat, wie sie sich präsentiert, ebenfalls nicht mehr gewinnen. Sie kann bloß hoffen, daß Rot-Grün sie verliert. Kaum vorstellbar, daß der vorzügliche Wahlkämpfer Gerhard Schröder ihr diesen Gefallen tun wird. Falls gleichzeitig eine Rechtspartei in den Bundestag einzieht, würden CDU/CSU sich in einer strukturellen Minderheitsposition wiederfinden. Schuld daran wären sie selber, denn sie haben alles getan, um Wähler, die irgendwie konservativ, national oder anderweitig dem Zeitgeist abhold sind, zu vergraulen.

Doch statt Selbstkritik und -korrektur zu üben, schlagen Unionspolitiker eine Verfassungsänderung vor, um „Volksverhetzung" im Parlament unter Strafe zu stellen. Ihr Hintergedanke: Wenn diejenigen Abgeordneten, die Positionen besetzen, die zu vertreten wir zu feige sind, in ihrer politischen Rhetorik kastriert werden, dann wird sie keiner mehr wählen, und die Stimmen fallen wieder auf uns. Die Verfassung wird zum Ochsenziemer gemacht, mit dem man sein Stimmvieh in die Wahlkabinen treibt! CDU/CSU täuschen sich jedoch über ihre Erfolgsaussichten. Der Begriff „Volksverhetzung" ist nicht antitotalitär, sondern antifaschistisch konnotiert, das Urheberrecht in Sachen Antifaschismus aber liegt bei der Linken. Deshalb hat die PDS sofort Zustimmung signalisiert. Die Union wird sich noch wundern, wie schnell ihre Abgeordneten Gauweiler, Geis und Glos vor dem Kadi stehen, sollte dieser Unsinn ins Grundgesetz kommen.

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) ist ganz begeistert davon, das Versammlungsrecht einzuschränken, denn die „Liberalität" beziehe sich „auf die Freiheit der Meinungsäußerung, aber sie darf sich nicht beziehen auf Neonazi-Propaganda, auf die Beleidigung von Opfern, auf das Entstehen von Nazitum in Deutschland". Auch das sind Begriffe, die zum politischen Mißbrauch einladen. Es genügt, sich gegen Multikulti zu erklären, um heute als Nazi zu gelten. Weiterhin: Noch nie hat Thierse sich beschwert, wenn die von ihm gehätschelten Antifaschisten Veranstaltungen für Bombenopfer mit Losungen wie „Keine Träne für Dresden" oder „Do it again, Bomber-Harris!" störten.

Verfassung und Gesetze sind in einer Demokratie, die sich beim Wort nimmt, nicht dazu da, Tugendpfade vorzuschreiben, die die Bürger unter Strafandrohung zu befolgen haben, sondern sie umreißen einen Raum der Freiheit, in dem sich zum Beispiel die politische Auseinandersetzung abspielt. Dort haben selbst Gegner, ja sogar Feinde ihren Platz, solange sie nicht zur Gewalt greifen und durch Angst das Politische zerstören. Sie werden dort als mephistophelisches Prinzip wirksam, als „Teil von jener Kraft / die stets das Böse will und stets das Gute schafft". Das geschaffene Gute sind der geschärfte Verantwortungssinn der Demokraten und die Herausforderung an ihre Professionalität.

Doch der real existierende Parlamentarismus in Deutschland ist, wie Konrad Adam in der Welt in Anlehnung an Max Weber schrieb, eine Herrschaft der „Spießbürger", „eines Typs, dessen ganzer Ehrgeiz sich auf materielle Ziele konzentriert und auf die Interessen der eigenen Generation beschränkt ist, dem jedenfalls das Bewußtsein 'für das Maß der Verantwortung gegenüber unserer Nachkommenschaft fehlt'". In der Tat: Der Schuldenstand des Bundes liegt bei mehr als 1,4 Billionen Euro (über 17.000 Euro pro Kopf), die Zinslast frißt bereits ein Viertel des Staatshaushalts. Was bleibt zukünftigen Generationen noch zum Leben? In zahlreichen deutschen Städten wird, ausgelöst durch eine verantwortungslose Einwanderungs- und Integrationspolitik, in den unteren Jahrgängen bald eine depravierte Bevölkerungsmehrheit bestehen, die kaum Deutsch kann, keinen Beruf hat und kein normales Einkommen erzielt. Wie soll unter diesen Umständen der innere Frieden gewahrt bleiben? Und wer wird ihn bezahlen? Man könnte beinahe bis ins Endlose fortfahren. Was hat die Politik darauf außer Gefasel zu sagen? Natürlich nichts!

Die wieder losgetretenen Diskussionen um die rechtsextremistische Gefahr sind ein Manöver, das von der Ratlosigkeit der politischen Klasse ablenken soll. Der aktuelle Gedenkreigen, in den die

Debatte sich einfügt, dient ihr zur Selbstlegitimation, einen anderen Legitimationsgrund außer der NS-Vergangenheit weiß sie jedenfalls nicht zu nennen. Nimmt man noch das Antidiskriminierungsgesetz hinzu, mit dem die Bürger zum politisch korrekten Verhalten gezwungen werden sollen, ferner, daß die Finanzbehörden, also der Staat, bald hemmungslos die private Kontenführung beobachten können und sich so potentiell den Zugriff auf die Privatvermögen sichern, dann muß man kein NPD-Sympathisant sein, um zu sehen, daß die aktuellen Kampagnen und Gesetzesvorschläge auf eiskalte Herrschaftssicherung abzielen. Eine Demokratie aber, die sich in der Runde ewiggleicher Fernsehnasen erschöpft, die sich allsonntäglich beim Strumpfhosen-Model Sabine Christiansen versammeln, verdiente ihren Namen nicht mehr.

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=284

NPD distanziert sich vom NS!

Von: FW Redaktion– 01.02.2005

Es ist nicht lange her, da viel der Parteivorsitzende der NPD (Udo Voigt) durch Sprüche wie: „Hitler war ein großer Staatsmann" und „Das Holocaustmahnmal in Berlin ist ein geeignetes Fundament für eine Reichskanzlei" auf. Ganz offen wurde symbolisiert, dass auch Nationalsozialisten in der NPD eine politische Heimat finden können und genau zu demselben Zeitpunkt wurde auch das Konzept „Volksfront" (ein von kommunistischen Kreisen übernommener Begriff*) proklamiert. Gemeint war die Zusammenarbeit der NPD mit der DVU, der DP und das Angebot an andere Gruppen, ebenfalls bei diesem Bündnis mitzuwirken.

Schon damals wurde bemängelt, dass sich bis auf die Zusammenarbeit mit zwei reaktionären Organisationen und den Eintritt von drei parteifreien Nationalisten in die NPD eigentlich nichts geändert hat, was eine solche Zusammenarbeit erst möglich macht.

Wenn Udo Voigt da nicht mit seinen Bemerkungen gewesen wäre!

Gerade diese Bemerkungen die wir dann in jeder Nachrichtensendung hören durften haben viele wieder daran geglaubt, in der NPD eine politische Heimat zu finden, einen Platz an dem sie akzeptiert werden. Wenn auch weitere Eintritte in der NPD ausblieben, so haben sich viele Kameraden der NPD wieder genähert und den Kontakt gesucht, weil sie glaubten, die NPD würde nur aus formellen Gründen davon ablassen, sich selbst als nationalsozialistisch zu bezeichnen. Dass dem nicht so ist, kann man seit heute auf der NPD Internetseite lesen.

Zitat:
"Hähle beleidigt NPD-Abgeordnete"
(d0205-2)

NPD-Fraktionsvorsitzender Holger Apfel stellt Strafanzeige gegen CDU-Fraktionschef

Der Vorsitzende der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Holger Apfel, hat heute gegen den CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Fritz Hähle bei der Staatsanwaltschaft Dresden wegen des Verdachts der verleumderischen Beleidigung Anzeige erstattet.

Hähle hatte am 26.1. 2005 die sächsischen NPD-Abgeordneten in einer vom Fraktionssprecher Dr. Martin Kuhrau autorisierten Presseerklärung als "Nationalsozialisten" bezeichnet, die Sachsen schaden würden.

Holger Apfel (MdL) erklärte zu seiner Anzeige:

"Herr Dr. Hähle will offensichtlich mit der Diffamierung unserer Abgeordneten als Nationalsozialisten die Mitglieder der NPD-Fraktion beleidigen und in ihrer Würde herabsetzen. Die CDU hat sogar die Frechheit besessen, ihre beleidigende Erklärung zu Beginn unserer Pressekonferenz im Raum der Landespressekonferenz zu verteilen.
Soll so der von der Union angekündigte harte politische Kampf aussehen? Offensichtlich ist die CDU zu einer direkten politischen Auseinandersetzung mit uns Nationaldemokraten nicht fähig und greift deshalb jetzt zu verleumderischen Beleidigungen, um ihre politische Korrektheit unter Beweis zu stellen. Die NPD wird sich auch künftig gegen Beleidigungen wehren und fordert die anderen Parteien auf, die politische Auseinandersetzung im Sächsischen Landtag wieder zu versachlichen."

Holger Szymanski
Die Redaktion, 01. Februar 2005
(Quelle: http://www.npd.de/npd_info/deutschland/2005/d0205-2.html)

Natürlich gab es in unserem Forum bereits die ersten Versuche dieses Verhalten zu rechtfertigen. Als Grund wurde hier die neue Diskussion über ein neuen NPD Verbotsantrag genannt und das man damit ja nur gegen das System kämpfen möchte. In Wahrheit schlägt man damit jedem Nationalsozialisten vor den Kopf und wir müssen uns die Frage stellen, in wie fern diese Partei noch mit uns in Verbindung gebracht werden soll.

Wir sind nicht bereit uns als Fußabtreter für die Partei missbrauchen zu lassen. Wenn sie Angst vor einem Verbot hat, soll sie sich konsequent von uns trennen und öffentlich Stellung beziehen. Eines ist sicher, man kann uns nicht gleichzeitig ablehnen und befürworten!

In einem Interview, welches in der Jungen Freiheit veröffentlicht wurde, sagte Udo Voigt:
Natürlich ist der Nationalsozialismus als Strömung in Deutschland auch heute vorhanden. Für die NPD ist er nicht maßgebend, aber wir versuchen, neben Nationalliberalen und Nationalkonservativen eben auch die nationalsozialistische Strömung zu integrieren, da eine Abgrenzung nur dem politischen Gegner hilft.
(Quelle: jungefreiheit.de)

Jeder kann sich nun eine Meinung bilden. Entweder weiß Udo Voigt nicht, was seine Partei macht, oder seine Parteileute wissen nicht, was ihr Vorsitzender macht. Fest steht, dass die derzeitige Situation der nationalsozialistischen Bewegung schadet und geklärt werden muss. Wir brauchen keinen Feind von innen, uns reichen die Feinde von außen.

Weg mit der Volksfront!
Unterstützt den revolutionären Nationalsozialismus!

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=280

Gera: 26. Montagsdemo

Von: AN Gera – 01.02.2005

Zur nun schon 26. Geraer Montagsdemonstration fanden sich knapp 200 Bürger ein, davon 25 Nationale wobei sich die Zahl noch etwas erhöhte da sich spontan wieder einige Bürger dem nationalen Widerstand anschlossen.

Während der Demo hetzten Peter Lückmann (DGB-Gera, Bündnis gegen Rechts Gera) und Sirko Matz (DGB-Gera) natürlich wieder gegen alle die nicht in ihr engstirniges Weltbild passen wie Nationale Bürger. Besonders ärgerlich finden sie es immer das von unserer Seite Fotos von der Demo gemacht werden und so zielte die Hetze mal wieder gegen unseren Fotografen. Aber das diese selbsternannten Antifaschisten nicht viel von Demokratie und insbesondere Meinungsfreiheit halten haben sie ja schon oft genug bewiesen.

Dieses Mal wurde die Demostrecke wegen den schlechten Wetterverhältnissen und dem danach im Kultur und Kongresszentrum stattfindenden "Alternativen Neujahrsempfang" gekürzt. Zu dieser "demokratischen Veranstaltung" wurden Andersdenkenden, also alles was nicht links ist kein Zutritt gewährt. Natürlich aus Angst vor kritischen Äusserungen und Fragen seitens des nationalen Widerstandes und damit der Bloßstellung von den Heuchlern von PDS und Konsorten.

Bis zum nächsten Montag, wir sind dabei !

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=279

Mahnwachenfrust vs. Rodelspass

Von: NW Jena – 01.02.2005

Völlig überraschend traf es die Bewohner des sogenannten „Braunen Hauses" im beschaulichen Stadtteil Lobeda-Altstadt als sie plötzlich von einer angemeldeten Mahnwache am 30.01. hörten. Anmelder dieses Spektakels war die Lobedaer Initiative für Zivilgarage (LIZ), welche sich im Jahr 2002 aufgrund des Zuzuges

von 3 nationalen Bürgern gegründet hatte. Ausschlaggebender Punkt für die Mahnwachenanmeldung war die Machtübernahme eines gewissen Herrn Hitler vor 72 Jahren. Innerhalb der LIZ war man sich jedoch im Bezug der Daten der hiesigen Geschichtsschreibung nicht sicher und so sollte die Mahnwache ursprünglich am 31.01. abgehalten werden. Doch Aufgrund der Tatsache, dass sowohl ein Bewohner des Hauses sowie ein LIZ-Mitglied im Ortschaftsrat gewählte Mitglieder sind, blieb der LIZ eine Peinlichkeit erspart. Die Bewohner des „Braunen Hauses" ließen sich aber für diesen Tag auch etwas Besonders einfallen. Um Bewohnern und Freunden des Hauses die Möglichkeit zu bieten, sich etwas in die Situation der Sonntagsdemonstranten zu versetzen, lud man gerade wegen der hervorragenden Witterungsverhältnisse zum sonntäglichen Rodeln ein. Schätzungsweise 20 junge Menschen fanden sich also bereits gegen 15 Uhr auf einem der vielen Berge rund um Jena ein und man erfreute sich der wintersportlichen Betätigung. Da eine Person im Haus zurückgeblieben war, um eventuelle Sachbeschädigungen schneller feststellen zu können als die örtliche Polizei, konnte man gegen 17 Uhr sozusagen direkt ins Haus schalten und die momentane Situation erfragen. Dort war zu erfahren, dass sich ca. 80 – 100 Leute eingefunden hatten, die scheinbar nichts Besseres zu tun hatten. Wenn man allerdings überlegt, dass im Vorfeld massiv für die Mahnwache geworben wurde und alle Jenaer Bürger aufgefordert waren sich daran zu beteiligen, ein eher mageres Ergebnis.

Mehr Spaß als die Gutmenschen der Mahnwache hatten allerdings unsere Wintersportler vom Nationalen Widerstand! Denn bei Glühwein und heißen Kufen wurden noch bis 18 Uhr die Natur und deren Gesetze erkundet. Letztendlich konnte man Bilanz von nur einem defekten Wintersportgerät ziehen. Schon jetzt freuen wir uns auf die nächste Mahnwache in der Jenaischen Strasse, dann vielleicht mit der Möglichkeit einmal Wasserski auszuprobieren. In diesem Sinne:

SPORT FREI

Quelle: www.widerstand.info/text.php?id=278

INFOS ZUM INHALT

Alle Nachrichten aus der Grauzone findet man auch im Internet unter www.freier-widerstand.net. Teilweise findet man dort auch Nachrichten, die in der Druckausgabe wegen Platzmangel nicht vorkommen. Wir behalten und deshalb vor, einige Artikel die in der Onlineausgabe vorkommen nicht in die Druckausgabe zu übernehmen.

Wenn ihr selber Nachrichten für die Internetseite, oder für die Druckausgabe habt, könnt ihr uns diese über das Internet zukommen lassen. Geht dazu auf freier-widerstand.net im rechten Menü auf den Menüpunkt „Nachrichten melden" und füllt das Formular aus.

TERMINE

19.03.2005 – Dresden
Linken Terror dort bekämpfen, wo er entsteht! Gegen antifaschistische Gewalt.
// 14.00 Uhr am Bahnhof Neustadt

26.03.2005 – Schleusingen
Meinungsfreiheit statt Repression! - Für eine gleichberechtigte nationale Jugendkultur!
// 12:00 Uhr am Marktplatz

02.04.2005 – München
Nur ein Esel glaubt noch an einen Sozialstaat in BRD!
// keine Infos bekannt

02.04.2005 – Verden
Sozialabbau, Rentenklau, Korruption – Nicht mit uns!
// 11 Uhr am DB-Bahnhof

16.04.2005 – Essen
Keine Waffen für Israel!
// 11 Uhr am HBF (Haupteingang)

01.05.2005 – Leipzig
Demo zum kampftag der Arbeit
// http://freier-widerstand.net/1mai/

GRAUZONE INTERN

Wenn ihr diesen Text lesen könnt, haltet ihr die erste Druckausgabe unserer Nachrichten in den Händen. Nachdem wir euch seit über 2 1/2 Jahren fast täglich Nachrichten über die Bewegung liefern, haben wir es jetzt geschafft, unseren Wirkungsbereich auch über die Weiten des Internets hinaus zu vergrößern. Die erste Ausgabe hat eine Auflage von 1000 Stk. Der Preis beträgt 1€. Ganz besonders möchten wir uns bei den Kameraden bedanken, die uns bei der Realisierung der Grauzone helfen. Ebenfalls geht ein Danke an alle Versände die bereit waren, die Grauzone in ihr Sortiment aufzunehmen. Eine Liste der Versände findet ihr rechts bei den Bezugsmöglichkeiten.

Der Preis für die Ausgabe wurde extra gering gehalten und von uns wird kein Gewinn an dieser Zeitung gemacht. Sollte doch etwas Geld übrig bleiben, werden wir es für eine Erweiterung des Zeitungsprojektes nutzen (z.B. grafische Gestaltung, Umfang etc.). Solltet ihr Fragen zur Grauzone haben, könnt ihr uns unter mail@freier-widerstand.net (Betreff: Druckausgabe) erreichen. Wenn ihr Fragen zur Betsellung habt, wendet euch bitte an:
bestellservice@freier-widerstand.net

Meinungen zum Inhalt und zur Gestaltung sind immer willkommen! Schreibt und eure Meinungen!

BEZUGSMÖGLICHKEITEN

Eine Ausgabe der Grauzone kostet 1€ und kann bei uns per Post bestellt werden. Bitte denkt daran, dass wir für das Porto 1€ extra berechnen müssen. Wenn ihr mehr als 5 Ausgaben bestellen wollt, kontaktiert uns bitte, damit wir die genauen Portokosten berechnen können.

Wenn ihr mehr als 50 Ausgaben abnehmt sinkt der Stückpreis auf 90 Cent. Da die Portokosten für eine Ausgabe genau so hoch wie der Bestellwert ist, empfehlen wir euch immer Sammelbestellungen zu machen und die Ausgaben dann intern weiter zu verbreiten.

Ihr könnt die Grauzone auch als Jahresabo beziehen (12 Ausgaben):

Normalpreis 25€
Förderabo 40€
(Beides inkl. Porto.)

Ein Bestellformular findet ihr auf unserer Internetseite. Beziehen könnt ihr die Grauzone...

...per Post:
FW-Bestellservice
Postfach 1109
17431 Wolgast

...per E-Mail:
bestellservice@freier-widerstand.net

... bei Versänden:
V7 Versand – www.v7versand.com
H8Store – www.h8store.com
West Versand – www.west-versand.net
WOL Halle – www.wol-halle.com

Danke für eure Hilfe!

... auf Demonstrationen:
Bei vielen Demonstrationen könnt ihr die Grauzone beim Lautsprecherwagen bekommen. Fragt am besten einfach nach.

Hinweis:
Aus Platzgründen konnten wir in dieser Ausgabe nur die Nachrichten vom 01.02.2005 bis zum 24.02.2005 abdrucken und mussten selbst in diesem Zeitraum noch einige Nachrichten wegen Überlänge herausnehmen. Deshalb werden wir eventuell schon in der nächsten Ausgabe unseren Umfang auf 24 Seiten vergrößern.

:: Impressum :

Verantwortlich i.S.d.P.:	Axel W. Reitz, Bonnstr. 12, 50129 Bergheim
Druck:	Eigendruck im Selbstverlag
Betsellanschrift:	FW-Bestellservice, Postfach 1109, 17431 Wolgast
Eigentumsvorbehalt:	Diese Ausgabe bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten Eigentum des Herausgebers und ist im Falle der Nichtaushändigung unter Angabe des Grundes an den Absender zurückzusenden.
Internet:	www.freier-widerstand.net | mail@freier-widerstand.net